15. Jahrg. / Nr. 21 / Preis 10 Pf. — Berlin, Mittwoch, 27. Januar 1932

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Beroling 5481, Tel.-Adr.: Rotfahne Berlin / Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH., Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Postscheck: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inserat", Allgemeine Inseraten-Expedition G. m. b. H., Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: B 1 Kurfürst 1825/26. Schluß der Anzeigenannahme 15 Uhr.

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 70 Pf., monatl. 3 M. einschl. Trägerlohn in Berlin u. Orten m. eig. Zustellung. — Postbezug einschl. Bestellgeld 3,50 M.; Streifband im Inland 4,50 M.; n. d. Ausland 4,80 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12gespalt. Millimeterzeile 35 Pf.; die 3gespalt. Textmillimeterzeile 2,50 M. — Arbeiterorganis.- und Familienanz.: Millimeterzeile 20 Pf. — Kleine Anzeigen: Textwort 20 Pf., Ueberschriftw. 30 Pf., Arbeitsmarkt Wort 5 Pf.

Japanischer Raubzug auf Ostchinabahn / Siehe im Blatt

Morgen soll das Brot teurer werden!

Auch Margarine wird teurer — aber Schlafwagenkarten I. und II. Klasse für die Luxusfahrten werden billiger

Hier die Nachrichten des gestrigen Tages aus der Front des „Preisabbaues":

Die Berliner Bäckerinnung beabsichtigt ab Morgen, Donnerstag, den Brotpreis vorläufig um zwei Pfennig zu erhöhen. Am Donnerstag findet eine Besprechung der Bäckerinnung mit dem Preiskommissar statt, in der die Preiserhöhung höchstwahrscheinlich gebilligt wird.

In den nächsten Tagen wird die Erhöhung der Zölle auf Schmalz, Talg, Tran und pflanzliche Oele geplant, um dadurch eine Erhöhung der Margarinepreise zu erzielen. Der vor kurzem erhöhte Butterzoll nützte den Großagrariern wenig, da die große Mehrheit der Bevölkerung schon längst nur noch Margarine gebrauchen kann. Jetzt soll aber auch die Margarine teurer werden.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft, der gestern in Berlin tagte, wird schon in den nächsten Tagen eine Verbilligung der Schlafwagenkarten bekanntgeben. Diese Preisermäßigung soll ab 1. Februar in Kraft treten.

Das sind die Meldungen eines einzigen Tages: Erhöhung des Brotpreises, Verteuerung der Margarine und Verbilligung der Schlafwagenkarten sowohl in der ersten, wie in der zweiten Klasse.

★

Bei dem Erlaß der vierten Notverordnung am 9. Dezember vorigen Jahres wurde von der Regierung angekündigt, daß die Löhne und die Preise gleichmäßig gesenkt werden. 10 bis 15 Prozent aller Löhne und Gehälter sind inzwischen abgebaut worden. Der Preiskommissar Dr. Goerdeler mußte selbst zugeben:

„Die Kaufkraft ist in einem Maße mit dem Jahresbeginn vermindert worden, wie wir alle es bisher noch nicht erlebt haben. Es tritt eine Senkung von etwa 3,5 Milliarden Mark ein."

3,5 Milliarden Mark werden den Arbeitern, Angestellten und Beamten genommen. Die Preise aber für Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände, die die Millionen Vollbeschäftigten, Kurzarbeiter und Erwerbslose kaufen, sinken nicht. Brot und Margarine sollen teurer werden.

Zwar veröffentlicht das Statistische Reichsamt Angaben über Senkung der Ernährungskosten. Diese Angaben sind aber eine Irreführung der Oeffentlichkeit. So berichtet das Statistische Reichsamt, daß die Ernährungskosten einer Arbeiterfamilie im Laufe des Jahres 1931 um 9,3 Prozent gesunken sind. In der Tat aber betraf die Preissenkung vor allem Fleisch, Butter, Eier, bessere Gemüse und dergleichen, also Nahrungsmittel, die im Küchenzettel der Massen heute keine Rolle spielen. **Die Preise für Roggenbrot, Kartoffeln, Gemüse, Margarine, Schweineschmalz, Zucker und Milch sind nicht gesenkt worden.**

Für eine Arbeiterfamilie, die 50 Mark monatlich für ihre Ernährung ausgibt, ist im Laufe des ganzen Jahres 1931 keine Preissenkung eingetreten. Die sechs Millionen Erwerbslose, die zwei bis drei Millionen Kurzarbeiter, die mehrere Millionen Vollbeschäftigte sind heutzutage kaum imstande, auch nur 50 Mark monatlich allein für Ernährungskosten zu verwenden.

Jetzt soll das letzte Pfund Margarine der Arbeiterfamilie genommen werden. Das Brot soll teurer werden. Das nennt sich „gleichmäßige Senkung der Löhne und Preise", wie sie von den streikbrecherischen SPD.-Führern versprochen wurde.

Unter Führung der Kommunistischen Partei und der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition sammeln sich alle Arbeiter, ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit zum gemeinsamen Kampf für Brot, für Arbeit, gegen die Notverordnungsdiktatur.

Aus dem Inhalt:

200 Blinde dringen ins Berliner Rathaus
Neue Enthüllung über „Felseneck"
Opposition erobert Branchenleitung

Vom „zweiten Mann" zur „Eisernen Front"

Vor einem Jahr gab Wels für die Sozialdemokratische Partei die Parole heraus: „Wo bleibt der zweite Mann?" Der zweite Mann, der parteilose Arbeiter, hat die Partei der Notverordnungspolitik gemieden. Der „zweite Mann" hat dem sozialdemokratischen Parteivorstand die kalte Schulter gezeigt.

Wo blieb der zweite Mann? 200 000 „zweite" Männer traten als neue abgerechnete Mitglieder in die Sturmreihen der deutschen Sektion der Kommunistischen Weltpartei ein. Vielleicht 1½ Millionen oder mehr haben sich in diesen zwölf Monaten der proletarischen Freiheitsfront des Kommunismus nicht nur als neue Wähler, sondern als Mitkämpfer an allen Fronten des revolutionären Klassenkampfes angeschlossen.

Der zweite Mann am Schraubstock, der zweite Mann auf der Straßenbahn und auf dem Omnibus oder in der U-Bahn, der zweite Mann an der Stempelstelle, der zweite Mann im Warteraum auf dem Wohlfahrtsamt, der zweite Mann in der Mietkaserne oder in den kümmerlichen Buden der Laubenkolonien — er hat sich mit Verachtung von der Lakaienpolitik der Sozialdemokratie für die kapitalistische Diktatur abgewandt. Er hat die rote Front als seine Front erkannt. Schulter an Schulter mit den Kameraden der gleichen Not, Hand in Hand mit den proletarischen Frauen — sie alle kämpfen für unsere proletarische Klasse.

Sie haben durch ihre eigenen bitteren Erfahrungen im vergangenen Jahre der Brüningdiktatur die Richtigkeit der großen Losung des internationalen proletarischen Kampfliedes erkannt:

„Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun."

Aber auch Tausende und aber Tausende der „ersten" Männer, der Arbeiter der Sozialdemokratie und des Reichsbanners, haben mit heißer proletarischer Empörung die Reihen der Welspartei in diesem Jahre verlassen. 5, 10, 15, 20 Jahre haben sie in jener Partei gestanden, immer wieder — schon von Zweifeln erfüllt — an eine Wandlung dieser Partei geglaubt und doch erkennen müssen, daß diese Partei unwandelbar ein Instrument der kapitalistischen Klassenherrschaft, die wichtigste Stütze der kapitalistischen Diktatur, eine Partei des Streikbruchs und der sozialfaschistischen Unterdrückungspolitik geworden ist.

Man lese die Erklärungen, die fast täglich in der „Roten Fahne" veröffentlicht werden: Jeder Satz eine Abrechnung mit den Wels und Breitscheid! In jedem Satz die Erkenntnis, daß die einzige Partei des revolutionären Sozialismus, die einzige proletarische Klassenpartei die Kommunistische Partei ist.

So hat Herr Wels seine Reklametrommel für den „zweiten Mann" vergeblich gerührt. Lauter als die trügerischen Locktöne der Sozialdemokratie war die Sprache ihrer skrupellosen Unterstützung der Notverordnungsdiktatur. Eindringlicher als die größten Buchstaben in den Aufrufen des „Vorwärts" wirkten die Folgen des sozialdemokratischen Arbeiterverrats, die jede Arbeiterfamilie und jeder Angestellte am eigenen Leibe zu spüren bekam. Ueberzeugender als alles Gerede der SPD. über den „Sozialismus" ist die Sprache der Tatsachen ihrer Preußenpolitik, die antisozialistisch, antimarxistisch, antiproletarisch ist und der Unterstützung Brünings dient.

Es ist nichts Neues, daß ein bankrotter Laden sich eine neue

Hitler an der Festtafel des Kapitals

Freßgelage der Eisen- und Stahlkönige mit Hitler — Stürmische Massenkundgebungen der Düsseldorfer Arbeiter vor dem Luxushotel der Naziführer

Düsseldorf, 26. Januar. (Eig. Bericht.) Im feudalsten Hotel Westdeutschlands, im Parkhotel, hielt heute Hitler vor dem Industrieklub, eine Organisation der Eisen- und Stahlkönige und des bergbaulichen Langnamvereins und der Bankiers einen Vortrag. In der von unserem Bruderorgan, die „Freiheit" faksimiliert wiedergegebenen Einladung heißt es u. a.:

„Dienstag, den 26. Januar 1932, abends 6 Uhr, wird Herr Adolf Hitler, München, im Industrieklub einen Vortrag halten. Nach dem Vortrag soll ein gemeinsames Souper in den vorderen Räumen unseres Parkhotels stattfinden. Die Anmeldung zum Vortrag und zum Essen wollen Sie uns auf beigefügter Karte zugehen lassen.

Mit ergebenstem Glückauf!
Industrieklub.

Wir bitten, von der Einführung von Gästen abzusehen und weisen besonders darauf hin, daß die Einladung nur für unsere Mitglieder bestimmt und nicht übertragbar ist."

Die in Köln gegenwärtig stattfindende Tagung des Deutschen Arbeitgeberverbandes unterbrach ausdrücklich ihre Sitzung und in Hunderten der elegantesten 30 000-Mark-Limousinen trafen die Industriellen ein, darunter von Stauß, Otto Wolff, Schlenker, Thyssen usw.

Vor dem Parkhotel hatten sich Tausende von Arbeitern eingefunden, die ihre Empörung in stürmischen Niederrufen auf den Kapitalsknecht Hitler zum Ausdruck brachten. Hitler selbst hatte es vorgezogen, durch einen Seiteneingang das Parkhotel zu betreten. Die Polizei des Herrn Severing hatte Großalarm, ritt Attaken und nahm Verhaftungen vor. Es wurde sogar zweimal geschossen, als einige verhaftete Arbeiter wieder befreit wurden. Unter den Verhafteten befinden sich auch einige Reichsbannerarbeiter.

Das Freßgelage der Naziführer mit den Eisen- und Stahlkönigen im Parkhotel und die Ansammlung der empörten Massen vor dem Parkhotel dauern noch an. Die anwesenden SA.-Leute sind so deprimiert, daß sie der von den Arbeitern überall geführten Massendiskussion mit verlegenen Ausflüchten oder überhaupt nicht zu antworten wissen.

Antifaschistischer Proteststreik in Braunschweig

Städtische Arbeiter geben das Beispiel — Aufforderung zum allgemeinen Proteststreik

Braunschweig, 26. Januar. Gestern führten die Arbeiter des städtischen Fuhrparks auf Grund eines Beschlusses geschlossen einen halbstündigen Proteststreik gegen den Nazimord an dem Reichsbannerarbeiter Meier durch. Gleichzeitig beschlossen die Arbeiter, am Tage der Beerdigung des Naziopfers den Betrieb stillzulegen und die Arbeiter der anderen Braunschweiger Betriebe zum gleichen Vorgehen aufzufordern.

Firma zulegt. Da kommen nun die Herren vom sozialdemokratischen Parteivorstand und die patentierten Streikbruchorganisatoren von der Spitze des ADGB., mitsamt ihrem neuen Militärspezialisten Höltermann — und geben statt der Parole vom „zweiten Mann" die Parole von der „Eisernen Front für Volksrechte, gegen Diktatur" heraus. Jede Losung in dem gestrigen Aufruf der „Eisernen Front" ist eine Lüge und wird durch die bisherigen Taten dieser Führer widerlegt.

„Eiserne Front für soziale Gerechtigkeit!" Sie ist für die Notverordnungspolitik, für den Lohnabbau, für den Streikbruch, für den Unterstützungsabbau, für den Rentenabbau. Sie ist mit Herz und Hand für alle vier Notverordnungen eingetreten.

„Eiserne Front für wirtschaftliche Gesundung!" Sie ist mit Brüning für die Millionengeschenke an die bankrotten Industriellen und Großbanken, für die Massenentlassungen der Arbeiter und Angestellten, für den Schutz und die Verteidigung des kapitalistischen Profitsystems eingetreten.

„Eiserne Front für außenpolitische Freiheit!" Sie tritt für die Youngpolitik der deutschen Bourgeoisie ein — und soeben hat erst die Kölner Tagung der II. Internationale die Verewigung des ausbeuterischen Systems der imperialistischen Tribute in ihrer Entschließung unterstützt. Wie die deutsche Sozialdemokratie für Wehretat und Panzerkreuzer, so treten die französischen „Sozialisten" für die wahnwitzige Rüstungspolitik des französischen Imperialismus ein.

„Eiserne Front für Volksrechte, gegen Diktatur!" Wer hat die proletarischen Demonstrationen, wer hat den RFB., wer in zahllosen Fällen die proletarischen Zeitungen verboten? Severing, Grzesinski und andere sozialdemokratische Polizeipräsidenten! Wer hält die SA. legal? Die Preußenregierung! Wer unterstützt die Durchführung der faschistischen Diktatur, wie sie unter Brünings Führung betrieben wird? Die SPD.!

Jede politische Handlung der Sozialdemokratie gilt der Beseitigung der Volksrechte und der Verteidigung der kapitalistischen Diktatur.

Die „eiserne" Front vertritt diese Politik. Sie will durch lautes Geschrei gegen die Nazipartei ablenken von der Rolle ihrer eigenen Politik, die den Hitlerfaschisten überall den Weg bereitet. Niemand anders als die Sozialdemokratie hat dadurch, daß die Nazis ihre kapitalistentreue Politik als „Marxismus" hinstellen können, den antimarxistischen Betrug der nationalsozialistischen Schildhalter des Kapitalismus ermöglicht.

Die Parole vom „zweiten Mann" ist der Sozialdemokratie entglitten. Sie ist verpufft. Unsere Aufgabe als Führer der roten Einheitsfront der proletarischen Millionen und aller Werktätigen ist es, jetzt, den Charakter der „eisernen Front" als einer Schutzformation der Politik des Lohnabbaues und des Streikbruchs, als einer Schutzformation des kapitalistischen Systems, als einer Organisation zur Sicherung der Notverordnungspolitik zu enthüllen und dagegen in den Großbetrieben die rote Betriebsfront des einheitlichen proletarischen Klassenkampfes zu schaffen.

Stellen wir in den Betrieben, stellen wir innerhalb der Gewerkschaften mit stärkster Entschlossenheit die verbrecherische Streikbruchpolitik der SPD.-Führer in den Mittelpunkt der Diskussion, dann wird jeder Arbeiter es ebenso als eine Unehre empfinden, den „Hammerschaften" der Leipart und Höltermann anzugehören, wie den Streikbruchzellen der Nazis.

Die „Eiserne Front" marschiert auf tönernen Füßen. Die sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter werden sich für eine fremde Sache, die Sache der Bourgeoisie, nicht schlagen. Sie werden für die Sache ihrer Klasse, sie werden in der roten Betriebsfront unter Führung der Kommunistischen Partei bei den kommenden Kämpfen marschieren.

Stärker als die „eiserne" Front ist der revolutionäre Marxismus!

KPD. erobert SPD.-Arbeiter

Die faschistische Politik der Sozialdemokratie und der geradlinige revolutionäre Kurs der Kommunistischen Partei weisen immer neuen Massen den Weg, den sie zu gehen haben. Hier eine kurze Auslese aus der Fülle der Uebertrittsmeldungen, die in den letzten zwei Tagen bei uns eingelaufen sind:

In Spandau erklärten acht Mitglieder der SAJ. und vier Arbeiter vom Jungreichsbanner ihren Uebertritt zum Kommunistischen Jugendverband. Unter ihnen befindet sich der bisherige Kassierer der SAJ., Erich Weber.

In Bröske (Bezirk Danzig) traten acht Mitglieder der SPD. zur Kommunistischen Partei über und gründeten sofort die KPD.-Ortsgruppe Bröske.

Der Vorsitzende des Sozialistischen Jugendverbandes (Seydewitz-Jugend) im sächsischen Bautzen, Willi Mirtschin, ist, zusammen mit vier Jungreichsbannerleuten, in den Kommunistischen Jugendverband eingetreten.

In Allenstein (Ostpreußen) vollzogen elf Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend, fünf Jungreichsbannerarbeiter und vier christliche Jungarbeiter ihren Eintritt in den Kommunistischen Jugendverband. Unter den zwanzig befindet sich der bisherige Vorsitzende des Jungreichsbanners.

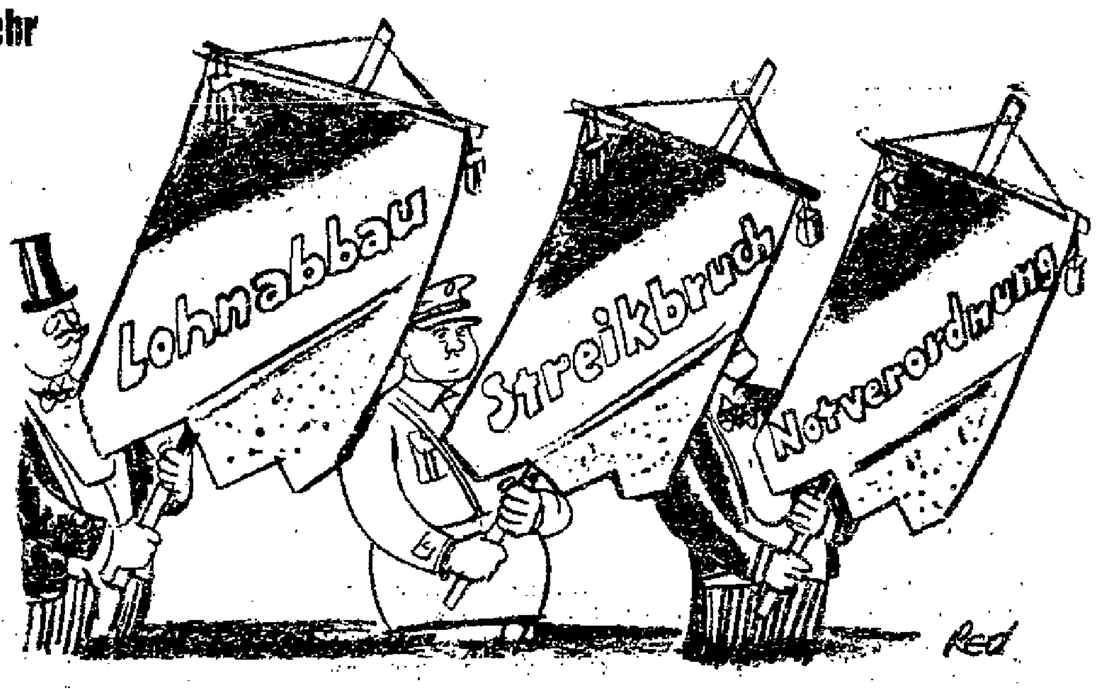
In Erfurt haben neun sozialdemokratische Arbeiter und Arbeiterinnen ihren Eintritt in die Kommunistische Partei erklärt und in der thüringischen KPD.-Presse einen namentlichen Appell an ihre bisherigen Parteigenossen gerichtet.

Seit 28 Jahren in der SPD. organisiert, ist jetzt der Arbeiter Beckmann in Wolgast (Pommern) zur KPD. übergetreten, ebenso in Königslutter der seit 18 Jahren sozialdemokratisch organisierte Genosse Ernst Weller.

Klagges diktiert mit Notverordnung

Obwohl durch Zeugen einwandfrei festgestellt ist, daß der Mörder des Jungreichsbannermannes Meier in Braunschweig ein Nationalsozialist ist, hat heute abend der nationalsozialistische Polizeiminister Klagges in einer amtlichen Verlautbarung, zu deren Aufnahme er den sozialdemokratischen „Volksfreund" auf Grund der Notverordnung zwang (!), die unwahre Behauptung seiner Parteifreunde aufgegriffen, Meier sei von seinen eigenen Reichsbannerkameraden erschossen worden.

Das haben sie immer sehr gut gekonnt — Die Bannerträger der Eisernen Front!



200 Blinde dringen ins Berliner Rathaus

Gestörte Haushaltsausschuß-Sitzung — Rückgängigmachung der Unterstützungskürzung gefordert

Gestern vormittag drangen ganz überraschend etwa 200 Blinde und Schwerkriegsbeschädigte in das Berliner Rathaus ein. Sie sammelten sich vor dem Saal, in dem gerade eine Sitzung des Berliner Haushalt-Ausschusses tagte und forderten Einlaß.

Die Blinden und Schwerkriegsbeschädigten, denen der Hunger aus den Augen sah, und die zum Teil mit Hunden und an Stöcken erschienen waren, forderten die Rückgängigmachung der Unterstützungskürzung.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hatte im Haushaltsausschuß einen Antrag gestellt, die Forderungen der Blinden zu behandeln. Der sozialdemokratische Vorsteher Haß ließ diesen Antrag nicht zur Abstimmung zu. In demselben Moment drangen etwa 60 von den Blinden in den Saal ein. Energisch verlangten sie nach dem Bürgermeister. Sahm und die übrigen Mitglieder des Magistrats wurden kreidebleich.

Die Blinden legten ihre Forderungen vor. SPD.-Haß vertagte die Sitzung. Der Oberbürgermeister Sahm mußte sich schließlich aber doch bequemen, mit der Blindendelegation zu verhandeln.

Wir erfahren dazu noch folgendes: Die Massendelegation der Blinden und Schwerkriegsbeschädigten, die gestern im Rathaus erschien, wurde am Montag, dem 25. Januar, auf einer Versammlung im Rosenthaler Hof gewählt. Die Versammlung beschloß, durch die Delegation dem Berliner Oberbürgermeister, dem preußischen Wohlfahrtsminister und der Reichsregierung die Forderung der Blinden zu übermitteln und ihre sofortige Durchführung zu verlangen.

Sie forderten unter anderem die kostenlose Stellung eines Führerhundes durch die Stadt und eine kommunale Blindenhilfe, die 25 Prozent über der gehobenen Fürsorge liegen muß.

Vor allem aber richtete sich der Protest gegen die neuen Unterstützungskürzungen des Berliner Magistrats und gegen die Rentenkürzungen durch die vierte Notverordnung.

Das tapfere Eintreten der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion für diese Forderungen ist von den Blinden und den Schwerbeschädigten begeistert aufgenommen worden. Sie beabsichtigen, auch bei dem preußischen Wohlfahrtsminister die sofortige Durchführung ihrer Forderungen zu verlangen.

Planmäßiger Nazi-Ueberfall

250 Nazis überfallen Arbeiterfrauen im Saalbau Märchenbrunnen — Mit Biergläsern und Stühlen gegen wehrlose Frauen — Planmäßige Naziprovokationen im roten Osten

Gestern abend führte eine Kolonne von 250 bis 300 Nazis unter Führung des Standartenführers Fiedler und des bekannten „Gauredners" Bürges einen planmäßigen Ueberfall auf die Versammlung des Untersuchungsausschusses gegen den Hakenkreuzterror durch. Mitten im roten Osten, im Märchenbrunnen im Friedrichshain, wagten die Naziterrorbanden in geradezu viehischer Weise über proletarische Frauen, die den Hauptteil der Versammlung bildeten, herzufallen.

Gegen ½7 Uhr drangen etwa 250 bis 300 Nazis in den vorzeitig geöffneten Saal, in dem sich nur 60 bis 70 Mann Saalschutz des Kampfbundes befanden. Die Kampfbundführung verstand es nicht, angesichts des rechtzeitig gemeldeten Ueberfalls mit ihrem Haupttrupp die Saaltür abzuriegeln und so lange nur Mitglieder proletarischer Organisationen in den Saal zu lassen, bis eine genügende Alarmierung der umliegenden proletarischen Häuserblocks durchgeführt worden. Sie hätten die Nazis erst in den Saal lassen dürfen, nachdem eine genügende Sicherheit für einen ruhigen Verlauf der Diskussion gegeben wäre.

Die Polizei sperrte bereits um ½8 Uhr die Versammlung ab, **während draußen sich mehr als 1000 revolutionäre Arbeiter ansammelten, die nicht mehr in den Saal konnten.** Als der Redner, Heinz Pol, namens des überparteilichen Ausschusses die Versammlung eröffnete, setzten die Nazis sofort mit Geschrei ein: „Juda verrecke!" und „Saujude". Ohne den Redner anzuhören, **begannen die Nazis sofort mit Biergläsern zu werfen und mit Tischen und Stühlen auf die Frauen loszugehen. Die Nazis fielen in geradezu viehischer Weise über wehrlose und besonders über ältere Frauen her. Ein Stoßtrupp ging sogar gegen die Frau des ermordeten Genossen Fritz Klemke vor,** die aber von Arbeitern sofort geschützt wurde.

In diesem Augenblick drang die Polizei von der Bühne her in den Saal, erklärte die Versammlung für aufgelöst und schlug sofort auf den eingreifenden proletarischen Saalschutz ein. Die Tatsache, daß 12 Frauen verletzt wurden, also offenkundig ein gemeiner Nazi-Ueberfall vorlag, hinderte die Polizei nicht, später noch das truppweise Abrücken der Nazis zu gestatten.

Aus dem Verlauf dieser Versammlung ergeben sich wichtige Lehren für die verantwortlichen Einberufer der Versammlung und die Führung des Kampfbundes. Es genügt nicht, eine Versammlung mit ein paar Zeitungsnotizen vorzubereiten, sondern sie muß von den Organisationen wirklich vorbereitet und geschützt werden. Dieser Schutz ist natürlich nicht nur eine Sache des Kampfbundes, sondern **die gesamte Arbeiterschaft muß die Notwendigkeit des roten Massenselbstschutzes erkennen.**

Die Nazis beginnen in letzter Zeit, durch Konzentrierung ihrer Kräfte aus ganz Groß-Berlin auf den roten Osten und Nordosten dort provokatorisch vorzustoßen, weil sie sich in diesen Gebieten noch schwach fühlen. Sie versuchen, mit Kolonnen von mehreren hundert Mann besonders die Stempelstellen zu terrorisieren. Der gestrige Ueberfall sollte den provokatorischen Auftakt zu 21 „Versammlungen" am Donnerstagabend im roten Osten geben.

Aber noch ein anderer Zweck ist ganz offenkundig bei diesem niederträchtigen Ueberfall auf wehrlose Arbeiterfrauen: Die Nazis wollen der sozialdemokratisch geführten Polizei einen Grund für ein allgemeines Versammlungsverbot liefern. Die Mordführer der Hitlerpartei fürchten die politische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, die Aufklärung der mißbrauchten und irregeführten SA.-Leute. **Sie wollen offenbar dieses Versammlungsverbot durch die preußische Polizei, weil sie überall in Berlin, trotz ihrer Terrortaten, an der Kraft der roten Einheitsfront scheitern und bei ihrer „Hib"-Aktion auf der ganzen Linie Mißerfolge errungen haben.**

Wir machen die Arbeiterschaft auf alle diese Tatsachen aufmerksam. Wir sagen offen: Die revolutionäre Ehre der Berliner Arbeiterschaft kann es nicht dulden, daß sich ein ähnlicher Vorgang, wie gestern im Märchenbrunnen, wiederholen kann.

Da sieht die Polizei ruhig zu!

In derselben Stunde, in der die Polizei im Märchenbrunnen auf den proletarischen Saalschutz einschlug, der die Versammlung des Untersuchungsausschusses vor den wilden Hakenkreuz-Brutalitäten zu sichern suchte, wurde das Lehrervereinshaus zum Schauplatz eines bezeichnenden Gegenstückes. Dort hatte der Nationalsozialistische Lehrerbund eine öffentliche Versammlung einberufen, in der gleich zu Beginn provokatorisch gefordert wurde, sich für die bei den letzten Zusammenstößen umgekommenen Nazis von den Plätzen zu erheben.

Als eine Reihe anwesender Lehrer selbstverständlich dies Theater ignorierten, rief der Referent, der berüchtigte Abgeordnete Löpelmann, in den Saal: „Werft die Lumpen, die Verbrecher raus!" Zwei Versammlungsteilnehmer, ein Sozialdemokrat und ein Parteiloser, wurden unter großem Gejohle buchstäblich aus dem Saal geprügelt. Dem Sozialdemokraten floß unter den Faustschlägen der Nazis das Blut übers Gesicht.

Im ganzen Saal waren Polizisten verteilt, die mitsamt ihrem Hauptmann nicht einen Finger rührten, um die Mißhandelten zu schützen.

Polizei verhaftet gesamte Laubenkolonisten-Versammlung

In Siemensstadt tagte gestern abend im Lokal zur Schleuse am Siemensdamm 2 eine Versammlung der Laubenkolonisten von Siemensstadt. In dem Augenblick, als unter großer Begeisterung die Kolonisten beschlossen, eine Schutzstaffel zu gründen, erschienen ein großer Ueberfallwagen und zwei Flitzer vor dem Lokal. Das ganze Polizeikommando drang in den Saal und erklärte die Versammlung für aufgelöst.

Es wurde eine strenge Waffensuche vorgenommen, bei der nicht eine einzige Waffe gefunden wurde. Trotzdem wurden sämtliche 80 Versammlungsteilnehmer, darunter 70jährige Männer und Frauen, für verhaftet erklärt und auf drei Lastautos zum Revier verladen, wo sie bei Redaktionsschluß noch festgehalten werden.

Sensationelle Ermittlungen des KPD.-Nachrichtendienstes

Sturmführer Schulz gab den Mordbefehl gegen „Felseneck"

Ueberfall-Vorbereitungen in der Waidmannslust SA.-Versammlung — Der geheimnisvolle „Jagdverein Norden"

Was Stenig angeblich nicht sieht

Angesichts der Tatsache, daß der Staatsanwalt Stenig bei den Nazibanditen von Felseneck, bei den Mördern des Genossen Klemke die Erhebung der Mordanklage ablehnt, statt dessen aber die in Notwehr handelnden Kolonisten unter Totschlagsanklage stellt, hat der Kommunistische Nachrichtendienst umfangreiche Ermittlungen aufgenommen, deren erste sensationelle Ergebnisse wir hiermit der proletarischen Oeffentlichkeit vorlegen. Was der Staatsanwalt Stenig mit seinem Stab ausgesuchter Kriminalbeamten angeblich nicht in Erfahrung hat bringen können, das zu entdecken ist dem kommunistischen Nachrichtendienst sehr schnell gelungen. Wir teilen für heute folgende sensationelle Tatsachen mit:

Die Führung der Berliner SA. hat, zweifellos nicht ohne vorher eingeholte Zustimmung der Parteileitung, den Ueberfall organisiert. Mit der Durchführung der Aktion wurde der Sturmbannführer Schulz beauftragt. Es wurden zusammengezogen die fünf Stürme 23, 42, 62, 83 und 92. Als die Versammlung im Lokal „Bergschloß" in Waidmannslust, die vor dem Ueberfall auf die Kolonie Felseneck stattfand, ihrem Ende entgegenging,

sprang der Sturmbann-Führer Schulz auf einen Tisch und rief der SA. zu: „Wir gehen jetzt hin und hauen in dem Laden alles auf!"

Damit ist klipp und klar bewiesen, daß es sich um einen bewußten Mord gehandelt hat. Wie in der Presse bereits geschildert, marschierte die SA. dann nach „Felseneck", wo der Ueberfall wieder unter direkter Leitung des Sturmbannführers Schulz stattfand. Schulz wartete die Niederschießung Klemkes ab, die ja von den Nazis schon lange geplant war. Dann gab er das Pfeifensignal zum Rückzug. Aber nur ein Teil der SA.-Leute verstand diese Signale, während die anderen, etwa 50 Mann, mit ihren Mordwerkzeugen weiter um sich schossen und schlugen.

Wir sind in der Lage, die Namen einer Reihe von SA.-Leuten mitzuteilen, die an der Mordaktion führend beteiligt waren:

Truppführer Heinrich Pfeiffer, Hermsdorf, Freie Schole (Sturm 23); Stud.-Ing. Ohle, Hermsdorf, Freie Scholle (Sturm 23); Sturmführer Heinz Heise und sein Bruder Willi Heise, deren Adressen im Augenblick unbekannt sind; ebenfalls der jetzige provisorische Sturmführer Schurr, der mit einem Bücherwagen in der Lindower Straße, vor dem Haus Nr. 12, am Nettelbeckplatz, steht.

Waffenlager in Hermsdorf

Welche Betätigungsmöglichkeiten die SA. in Severing-Preußen und Grzesinski-Berlin hat, mag die Tatsache zeigen, daß die Sturmabteilungen im Berliner Norden unter dem Decknamen „Jagdverein Norden" ihre Schießübungen und sonstigen Mordvorbereitungen treffen können. Ein Waffenlager der Nazis befindet sich bei dem Walter Wersing in der Brandstraße zu Hermsdorf. Hier lagert auch schriftliches Material über die SA. und den „Jagdverein Norden".

Bis heute sind die Polizisten, die die Felseneder Mörder begleiteten, nicht diszipliniert. Bis heute ist der Oberleutnant Weiß, der bewußt entstellte, die SA.-Mörder begünstigende Meldungen der Presse zugehen ließ, nicht bestraft. Bis heute kann der Staatsanwalt Stenig die nächtlich überfallenen, ihr Leben verteidigenden Proletarier unter Totschlagsanklage stellen. Das alles geschieht unter der Regierung der „Eisernen-Front"-Führer Otto Braun und Karl Severing. Die SA. kann lachen.

Ihr Proleten aber müßt die rote antifaschistische Abwehrfront mit Schutzstaffeln in Betrieben und Stempelstellen schmieden.

Betriebe fordern Freilassung der Felseneck-Kolonisten

Der Proteststurm in der Berliner Arbeiterschaft gegen die Inhaftierung und Anklage gegen die 19 Felseneck-Kolonisten wächst.

Auf einer Belegschaftsversammlung nahmen die Arbeiter der Niles-Werke, Reinickendorf, eine Protestentschließung an, in der es u. a. heißt: Die Belegschaft der Firma Deutsche Niles-Werke, Werk Reinickendorf, fordert die sofortige Freilassung der verhafteten Kolonisten, die in berechtigter Notwehr gehandelt haben. Die Kollegen geloben, im Kampf gegen den Faschismus die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Der Arbeiterrat des Städtischen Gaswerkes nahm ebenfalls in einer Sitzung einstimmig eine Entschließung an, in der die sofortige Freilassung der verhafteten Kolonisten gefordert wird.

Aehnliche Protestentschließungen erhalten wir von der Belegschaft des Bahnhofs 26, von einer Häuserblockversammlung in Wittenau, in der 50 Arbeiter dem Kampfbund gegen den Faschismus beitraten, von einer Häuserblock-Versammlung der KPD.-Straßenzelle 1700 im Berliner Osten, von einer Bezirksversammlung der Möbelträger Tempelhofs.

Steigert die Protestaktion! Fordert überall die Freilassung der Felseneck-Kolonisten, schafft in allen Betrieben, Stempelstellen und Häusergebieten Schutzstaffeln gegen den faschistischen Terror!

Die Kolonistin Anni König in Lebensgefahr

Das Vorgehen des Staatsanwaltes gegen die verhafteten Kolonisten von „Felseneck" nimmt geradezu skandalöse Formen an. Wie wir schon gestern berichteten, ist die ebenfalls wegen Totschlags und Raufhandels angeklagte Kolonistin Anni König, die lediglich die Alarmglocke geschlagen hat, schwer krank. Der Rechtsanwalt Dr. Litten, der ihre Haftentlassung beantragte, wurde vom Staatsanwalt Stenig rücksichtslos abgewiesen.

Anni König ist schwer herz- und nervenleidend. In der Haft hat sich ihr Zustand äußerst verschlimmert, so daß für sie bereits Lebensgefahr besteht. Als einzige Begründung für ihre Haft wiederholt Stenig immerfort, sie habe die Alarmglocke geschlagen, ehe die Nazis das Steinbombardement auf die Hohmannsche Laube begannen und die ersten Schüsse feuerten.

Gleichzeitig ist Stenig den Nazis gegenüber äußerst zuvorkommend. Bekanntlich sind 38 Nazis entlassen worden, während nur 11 in Haft zurückbehalten wurden. Den entlassenen Nazis ist so die Möglichkeit gegeben, ihren planmäßigen Mordüberfall noch mehr zu verdunkeln. **Uebrigens ist Stenig derselbe Staatsanwalt, der im Helldorf-Prozeß vor Goebbels zurückwich.**

Infolge der erregten Stimmung der Berliner Arbeiterschaft hat der Staatsanwalt gegen den noch verhafteten Rest von 11 Nazis zwar Anklage wegen gemeinschaftlichen Totschlags erheben müssen. Durch das krasse Vorgehen gegen Anni König ist aber die Erregung wider diese Justiz unter der Arbeiterschaft ungeheuer gestiegen.

Anni König, die in Lebensgefahr schwebt, muß sofort freigelassen werden, ebenso alle anderen verhafteten Laubenkolonisten. Das ist die Forderung, die als Protestschrei durch die ganze Arbeiterschaft geht.

Wohnlauben eingeäschert

Gestern mittag brach in der Laubenkolonie Rosengarten ein Laubenbrand aus. Der Brand, der an dem Holz der Lauben günstige Nahrung fand, griff mit großer Geschwindigkeit um sich. Die Laubenkolonisten selbst konnten gegen das Feuer nichts ausrichten. Die herbeigerufene Feuerwehr vermochte erst nach einstündiger Arbeit des Brandes Herr zu werden. **Mehrere Lauben** mit dem gesamten Inventar **sind den Flammen zum Opfer** gefallen.

Krank — dem Verhungern preisgegeben

Der „goldene Lebensabend" der 81jährigen Arbeiterin Hetemann

Sie ist 81 Jahre alt, die Proletarierin Hetemann. Ein Leben voller Kampf und Entbehrungen liegt hinter ihr, und untergetaucht in der Riesenstadt Berlin, im Meer der Mietskasernen ist sie deshalb zunächst nur eine von den Tausenden und Zehntausenden, die namenlos sind.

Das Haus, in dem die Greisin wohnt, ist vom Wetter, Staub und Rauch grau, zerfressen. Dunkle Treppen sind da. Finster, kahl und kalt ist die Stube, deren Länge vier Meter beträgt. Das Bett, der Schrank, der davor steht, zwei Stühle und ein kleiner Tisch sind die Einrichtung.

Die Frau liegt seit 6 Jahren krank zu Bett, ohne jemals aufstehen zu können. Sie ist gelähmt, fast taub und auf einem Auge erblindet. Wenn jemand zu ihr eintritt, merkt sie es kaum. Zitternd tasten ihre mageren Finger über die buntgewürfelte Bettdecke.

„Wer ist da?" fragt ihre dünne klanglose Stimme. Das von Furchen durchgrabene Gesicht, von schneeweißen Haaren umrahmt, wendet sich langsam zur Tür. Jeden Tag kommt zu der Greisin eine Pflegerin der Wohlfahrt, die ihr Wassersuppe oder Aehnliches hinstellt. Sonst kümmert sich niemand um die Frau, die seit 6 Jahren in ihrer finsteren Gruft stirbt. Doch, nur Proletarier kümmern sich um sie.

In den Arbeiterwohnungen über der Stube der Greisin, daneben und darunter hört man Schritte und Stimmen. Draußen kämpft die Arbeiterschaft, die Greisin kann daran nicht mehr teilnehmen; ohne sich wehren zu können, muß sie die Folgen aller Kürzungen ihrer Unterstützung, alle Verschlechterungen über sich ergehen lassen. Bis auf 12,50 Mark monatlich ist ihre Unterstützung abgebaut worden. Das sind 40 Pfennig pro Tag. Sie ist dem Verhungern nahe. Seit sechs Jahren muß sie wehrlos hungern. Von den 40 Pfennigen kann sie sich täglich nur Schrippen holen lassen.

Während sie im Hunger vor sich hinstarrt, durch die Dunkelheit der Stube, graben sich die Tage immer tiefer in ihr Gedächtnis, an denen sie Nachricht erhielt, daß ihre Unterstützung wieder einmal gekürzt wurde. Kürzung, Kürzung, Kürzung.

Und noch einen Gedanken haben der Hunger und das Siechtum als stärksten Wunsch in ihr Hirn gegraben. Der Wunsch kommt leise über ihre dünnen Lippen: „Ich kann nichts mehr tun, aber die anderen, die Arbeiter müssen sich wehren."

Kein lauter, schallender Ruf könnte so schreiend und eindringlich sein, wie ihre fast undeutlich gesprochenen Worte.

Wieder drei Exmissionen verschoben

Der Wirt bestätigt schriftlich — Der KPD. beigetreten — Der ungewöhnliche Umzug

Sprunghaft steigt die Zahl der Erwerbslosen, die exmittiert werden sollen. Die Hauspaschas schreiten zu immer sorgfältigeren Vorbereitungen der Exmissionspläne vor allem zur Herbeirufung von Polizei. Dennoch werden, wie uns mitgeteilt wird, die Exmissionen erwerbsloser Arbeiter und Frauen immer häufiger aufgeschoben.

Aus dem Hause Moltkestr. 77 in Charlottenburg sollte am Montag eine seit Jahren erwerbslose Arbeiterin mit ihrem Sohn auf die Straße gesetzt werden. Obwohl das Wohnungsamt der Arbeiterin keine neue Wohnung zugewiesen hatte, wollte der Hauswirt sie auch nicht eine Minute länger wohnen lassen.

Zur festgesetzten Exmissionsstunde wurde dem Wirt jedoch mitgeteilt, daß die Wohnung, sowie die Aufgänge, die Nebenhäuser und Seitenstraßen von großen Massen von Erwerbslosen besetzt seien. Der Wirt gab einer gewählten Erwerbslosenkommission schließlich die schriftliche Bestätigung, daß die Exmission nicht stattfindet. Zum Erstaunen der übrigen Hausbewohner in dieser Gegend soll sich zum Schluß spontan ein Sprechchor der Erwerbslosen gebildet haben, der die abgewendete Exmission ausrief, zu weiterer Solidarität aufforderte und mit einem Rot-Front-Ruf sich verabschiedete.

In der Belforter Straße 25 stand gestern vormittag um 10 Uhr die Exmission zweier Familien, der Familie des Arbeitslosen Rüdiger und der Witwe Cujas, auf der Tagesordnung. Schon am frühen Morgen war die ganze Straße mit Erwerbslosen bevölkert. Man hörte Rufe: „Arbeiter dürfen nicht auf die Straße gesetzt werden! . . . Sauer erarbeitete Sachen der Arbeiter dürfen nicht auf der Straße verwittern!" Als der Gerichtsvollzieher in Begleitung von Polizei erschien, mußte der Hauswirt erklären, er habe der Frau Cujas

zur Besorgung einer anderen Wohnung bis zum 1. Februar Frist gegeben. Frau Cujas trat sofort der Kommunistischen Partei bei.

Der Arbeitslose Rüdiger erhielt in derselben Stunde eine andere Wohnung in der Immanuelkirchstraße zugewiesen. Da er kein Geld zum Transport der Möbel besaß, packten die erwerbslosen Kollegen zu und trugen die Möbelstücke einzeln zur neuen Wohnung. Ein langer Zug bewegte sich durch die Belforter Straße und Prenzlauer Allee. In der neuen Wohnung soll der Umzug mit dem Gesang der Internationale beendet worden sein.

Sechs Moabiter Arbeiter verhaftet

Im Zusammenhang mit den Zusammenstößen in Moabit, wobei der Nationalsozialist Norkus seinen Verletzungen erlag, hat die Polizei sechs Arbeiter verhaftet.

Bei den Arbeitern Geißler, Nachtigall und Schwarz soll durch Zeugen festgestellt worden sein, daß sie sich in der Gruppe befunden haben, die mit den Nationalsozialisten in Streit geriet. Wer indessen der Täter ist, konnte nicht klargestellt werden, zumal ja auch die Nationalsozialisten die Flucht ergriffen, als Norkus zusammenbrach. **Die Polizei beabsichtigt, in Moabit in den Arbeiterwohnungen und Arbeiterlokalen eine große Razzia vorzunehmen.**

Nach den noch unsicheren Vermutungen der Polizei soll der etwa 22jährige Arbeiter Tack, der ein Motorrad besitzt und zur Zeit nicht auffindbar ist, als Täter in Frage kommen. Mit Sicherheit läßt sich bisher jedoch erst wenig in der ganzen Angelegenheit feststellen.

Bilder vom Schnellgericht

Dem SA.-Mann Frank schienen nach dem Antrag des Staatsanwalts 3 Monate Gefängnis bevorzustehen, da er volle Uniform mit Abzeichen getragen hatte. Das Gericht beschloß allerdings nur eine Geldstrafe von 50 Mark, wovon 20 Mark als durch die Haft abgebüßt betrachtet werden. Die restlichen 30 Mark werden wohl kaum, wie das Gericht vielleicht rücksichtsvoll bedenkt, von Frank selbst, als vielmehr von seiner Organisation bezahlt werden. Schließlich ist ja die NSDAP. ein finanziell gut fundiertes Unternehmen.

Eine Reklameflagge in den Reichsfarben verursachte vor einigen Tagen am Alex einen Menschenauflauf, und der Verkäufer der Reichsbannerzeitung wurde von der Schupo aufgefordert, die Flagge zu entfernen. Das veranlaßte einen jungen Erwerbslosen zu der respektlosen Bemerkung: „Was hat er denn auch die Dreckfahne da hängen!" Zwei aufrechte Staatsbürger fühlten sich veranlaßt, den Mann festnehmen zu lassen. Das Schnellgericht verurteilte ihn wegen „Beschimpfung der Reichsflagge" zu 14 Tagen Gefängnis.

Die Polizeibesetzung des KL.-Hauses

Prozeß der City-Druckerei gegen Fiskus vertagt

Vor der 10. Zivilkammer des Landgerichts I sollte dieser Tage die Verhandlung der Klage der City-Druckerei gegen den preußischen Fiskus auf Schadenersatz wegen Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses stattfinden. **Die Verteidigung des Fiskus, Doktor Henoch, reichte in der letzten Minute einen Schriftsatz von zehn Seiten ein.** Die Folge davon war, daß die Verhandlung vertagt werden mußte, weil die Vertreter der City-Druckerei keine Gelegenheit gehabt hatten, zu dem Schriftsatz rechtzeitig Stellung zu nehmen.

Wir werden über den Ausgang des Prozesses ausführlich berichten.

Unbekannte Leiche geborgen

In Treptow wurde gestern mittag in der Nähe des Bootshauses „Ruderklub Hellas" die Leiche eines unbekannten Mannes in mittleren Jahren geborgen. Die Leiche muß schon längere Zeit im Wasser gelegen haben, sie war stark verwest und durch Schiffsschrauben sehr verstümmelt.

Beim Schlichten niedergeschossen

Gestern vormittag spielte sich in der Ruppiner Straße im Norden Berlins eine aufregende Szene ab. Frau Schelske, eine Mieterin des Hauses, geriet mit der Portierfrau Bartke auf der Straße in heftigen Streit, den der in diesem Augenblick hinzukommende Elektromonteur Bruno Schelke schlichten wollte. Die Portierfrau rief indessen ihren 31jährigen Sohn, der einen Revolver zog und den Monteur niederschoß. Mit einem lebensgefährlichen Bauchschuß wurde Schelske ins Lazarus-Krankenhaus überführt. Bartke war geflüchtet, er hatte seine Waffe weggeworfen und war dann in seine Wohnung zurückgekehrt, wo er festgenommen wurde.

Rebellion im Hospital Buch

Protestaktion der Arbeitsinvaliden gegen ungeheuerliche Kürzung der Taschengelder

Im Hospital Buch spielten sich gestern erregte Szenen ab. Den Arbeitsinvaliden wurde das Taschengeld, das bisher 3 Mark monatlich betrug, auf 1,50 Mark gekürzt. Die Insassen des Hospitals waren darüber so empört, daß sie die Bettelpfennige den auszahlenden Beamten vor die Füße warfen.

Das städtische Hospital in Buch beherbergt, wie wir erfahren, etwa 1500 alte, kranke Arbeitsinvaliden. Von der durchschnittlich 30 Mark betragenden monatlichen Rente wurden den Insassen des Hospitals jeden Monat 10 Prozent als Taschengeld ausgezahlt. Danach betrug das Taschengeld bis jetzt 3 Mark monatlich. Dieser Tage wurde es durchweg auf 1,50 Mark herabgesetzt.

Das hat bei allen Hospitalisten eine große Empörung ausgelöst. Als am Montag und am Dienstag das gekürzte Taschengeld zur Auszahlung gelangte, kannte die Erregung der alten Leute keine Grenzen. Sie warfen empört das Geld den Beamten vor die Füße und forderten energisch die Höhe des alten Satzes. Die Empörung der Altrentner gegen die Beamten, die das Geld nur auszahlten, währte nur wenige Minuten. Ihre Protestaktion richtete sich in Wirklichkeit gegen den Berliner Magistrat und gegen die Notverordnungen.

Besonders empörend ist die Tatsache, daß die Arbeitsinvaliden von den paar Pfennigen Taschengeld alle ihre kleineren Bedürfnisse bestreiten sollen.

Sie sollen davon Seife kaufen und sich rasieren und Haare schneiden lassen. Schließlich haben auch die alten Arbeiter, die jahrzehntelang ihre Knochen für den Kapitalismus zu Markte trugen, Steuern und Versicherungen zahlten, das Recht, eine Pfeife Tabak zu rauchen. Auch das soll von dem Taschengeld bestritten werden.

Die Arbeitsinvaliden von Buch stehen nicht allein in ihrem Kampf gegen Spar- und Notverordnungsdiktatur. **Das ganze werktätige Berlin steht hinter ihren Forderungen. Wir verlangen, daß die alten, siechen Arbeiter, Frauen und Männer, im städtischen Hospital Buch als Menschen behandelt werden. Und verlangen, daß ihre Forderungen sofort erfüllt werden.**

Erwerbslose, Wohlfahrtsempfänger, Betriebsarbeiter

Unterstützungsabbau am 1. Februar! — Was erwartet die Erwerbslosen und die Unterstützungsempfänger? — Nationalsozialistische Terrorkampagne! — Welche Rolle spielen SPD. und ADGB.? — Mit diesem Thema finden folgende Protestkundgebungen statt:

Freitag, den 29. Januar

UB. Süd und Südost: Karlsgarten, um 15 Uhr.
UB. Zentrum und Nordost: Haverlands Festsäle, 16 Uhr.
UB. Nord: Pharussäle, Müllerstraße, 14 Uhr.
UB. Nordwest: Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstraße, 16 Uhr.
UB. Südwest: Piccadilly, Ebersstraße 80, 16 Uhr.
UB. Tempelhof: Birkenwäldchen, Manteuffelstraße, 16 Uhr.
UB. Schöneweide: Kyffhäuser, Niederschöneweide, 16 Uhr.
UB. Berolgwalde: „Zum alten Krug", Tegel, 14 Uhr
UB. Spandau und Siemensstadt: Seitz' Festsäle, Spandau, 16 Uhr.

Erwerbslose! Wohlfahrtsempfänger! Betriebsarbeiter! Erscheint in Massen!

Bezirksausschuß der Erwerbslosen
Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark.

Ohnesorge „bestraft" Goebbels

Pöbeleien der Angeklagten — Dauerunterbrechung der Verhandlungen

Bevor in der gestrigen Verhandlung im Kurfürstendamm-Prozeß mit der Vernehmung der Zeugen begonnen wurde, beantragte Staatsanwalt Stenig gegen Goebbels wegen seiner Drückebergerei am Sonnabend eine Ordnungsstrafe von 800 Mark und die Uebernahme der Kosten, die durch seine Zeugnisverweigerung verursacht wurden.

Als der Staatsanwalt diese Strafe nennt, gebärden sich einige Angeklagten sehr wild. Sie machen Zwischenrufe, springen auf. Ohnesorge läßt wiederholt zur Ruhe mahnen. Das Gericht stellt die Beratung dieses Antrages vorerst zurück.

Der Polizeiwachtmeister Klaus, der dann vernommen wird, erzählt, daß er an dem betreffenden Tage von 40 Nazis umringt und angerempelt wurde. Als er sie zum Auseinandergehen aufforderte, verlangten sie seine Dienstnummer. Einer rief: **„Wenn der Hund uns die Nummer nicht gleich gibt, schlagen wir ihn tot!"**

Während der Vernehmung weiterer Polizeibeamter wird plötzlich der Angeklagte Schulz krank. Die Verhandlung muß bis 12 Uhr ausgesetzt werden. Bei Wiederbeginn verkündet das Gericht dann gegen Goebbels eine Strafe von 500 Mark. Außerdem gibt Ohnesorge bekannt, daß er „energisch" gegen die Anpöbelungen der Angeklagten, der einige Pressevertreter ausgesetzt sind, einschreiten werde. Die Angeklagten lächeln, sie wissen, daß „Papa" Ohnesorge es nicht so böse meint.

Nach fünf Minuten muß die Verhandlung wieder unterbrochen werden, dem Angeklagten Schulz ist „schwindlig". Ohnesorge redet ihm väterlich zu und vertagt dann auf Donnerstag.

„Morgen geht's uns gut"

„Morgen geht's uns gut."

Wirklich?

Ja, während andere schlafen, gibt es noch solche, denen die Not der Arbeitslosen auch des Nachts nahegeht und die für die Armen auf den Schlaf ihrer Nächte verzichten.

Ja, ja, für die Armen wird gesorgt. Tag und Nacht. Besonders des Nachts. Da hat an einem der letzten Abende im Metropoltheater eine Veranstaltung, und zwar keine gewöhnliche, eine Festveranstaltung für die Winterhilfe stattgefunden. Denn ein solches Ereignis — nämlich, daß es Millionen gibt, die Hunger und Not leiden — bedarf einer Festveranstaltung.

Erscheinen konnte man nur in Abendtoilette und aufgetreten sind an diesem Abend zwanzig Prominente.

Gearbeitet wurde hier, wie gesagt, für die Winterhilfe, d. h. für die Armen.

Die „Germania" berichtet, daß es ein sehr vergnügter Abend war. Man lachte bis in die frühen Morgenstunden und fühlte sich froh und lustig. Und alles nur, um den Armen zu „helfen". Ist es nicht rührend? Welch ungeheuere Opfer sie doch bringen!

Den Höhepunkt erreichte der Abend, als Grete Mosheim ein Lied aus der Operette sang: „Morgen geht's uns gut".

Nun, diesen Leuten geht's auch heute gut. Es geht ihnen solange gut, solange es eben einer „Winterhilfe", wie diese es ist, bedarf.

Wann es denen gut gehen wird, denen auf diese Weise geholfen werden soll? Jedenfalls nicht früher, als bis es solche Festveranstaltungen nicht mehr geben wird, bis sie die Armen nicht mehr mit „Morgen geht es uns gut" werden vertrösten können.

(Copyright by Agis-Verlag, Berlin-Wien.)

36. Fortsetzung.

Und als wüßte Stempel, daß Albert ihm wohl innerlich zustimmte, aber sich nicht offen gegen Eisenschmidt aussprechen wollte, fuhr Stempel fort:

„Herrgott, man hat doch auch lange genug an der Bank gestanden. Man tut schon, was irgend möglich ist. Aber mitunter kommt es mir tatsächlich vor, als hätten sie es darauf angelegt, unsereinem das Leben sauer zu machen. Da findet man keine Worte mehr."

★

Wenige Tage später fand dann Albert „keine Worte mehr". Stempel teilte Albert in gutgespielter Entrüstung mit:

„Die Gauner im Kalkulationsbüro haben uns nun doch einen Strick gedreht. Sie haben fünfundzwanzig Prozent abgezogen."

„Uns" betrogen? wer ist „uns", grübelte Albert. Hat Stempel nicht erklärt daß sie sich auf ihn verlassen könnten? Stempel fuhr fort: „Ich hab mich eine volle Stunde mit den Leuten rumgehauen. Wenn wir die Räder für den neuen Preis nicht machen, werden sie in der Seestraße gemacht. Wegnehmen wollt ich mir die Arbeit nun deswegen doch nicht lassen."

Albert sah immer noch drein, als hätte er einen betäubenden Schlag erhalten. Doch Stempel war gar nicht der sentimentale Mensch, den das sonderlich berührte. Als wolle er einem Kranken Mut zusprechen, fügte er hinzu:

„Unter uns gesagt, Buchner, verdienen Sie Ihr Geld ja trotzdem. Wenn Meier so gearbeitet hätte wie Sie, hättet Ihr ja das Geld gar nicht unterbringen können. Seien Sie bloß vernünftig und lassen Sie sich von dem nicht aufputschen. Wenn eine einzige Schicht ausfällt, sind wir die Arbeit los."

Bald darauf kam Meier. Er holte die Zettel aus dem Kasten, um zu verrechnen, stutzte und sagte zu Albert:

„Hast Du schon gesehen?! — Die sind wohl verrückt. — Rück aus, Mensch! Um diesen Preis fällt kein Span mehr von der Bank!"

Albert glotzte auf die Zettel, als sähe er nun erst, was geschehen. Meier ging zu Meister Stempel.

„Das ist wohl ein Irrtum, Meister Stempel. Der Preis stimmt nicht."

Stempel lehnte sich in seinen Stuhl zurück. „Meinen Sie, daß Sie mit diesem Preis nicht zurechtkommen, Meier?" fragte er gedehnt. — „Machen Sie doch keine Geschichten! Mich wundert, daß nicht schon früher jemand darüber gestolpert ist." Stempel sagte das, als erübrige sich jedes weitere Wort.

„Seit wann ist denn das üblich, daß man die Preise heruntersetzt, ohne ein Wort zu sagen?" fragte nun Meier.

„Sie waren doch gar nicht hier, soll ich Ihnen deswegen entgegenlaufen?" —

Meier wußte, das Stempel provozierte, und ging zu Albert zurück. Albert hatte nicht ausgerückt. Er machte sich verlegen am Werkzeugschrank zu schaffen. Er wagte nicht, Meier ins Gesicht zu sehen.

Meier gab seine Werkzeugmarken ab und ließ sich seine Papiere aushändigen, ohne mit Albert noch ein Wort zu sprechen.

IX.

Bölke, Meiers Nachfolger, war ein noch junger Kollege. Er arbeitete nach dem Rat von Meister Stempel: „Mache einhalten! Genau einhalten! Auf ein Hundertstel! Sie können sich ja denken, was los ist, wenn so ein Rad in die Wicken geht. Lassen Sie sich Zeit! Zu Ihrem Geld kommen Sie, das mache ich schon mit Buchner ab."

Albert wurde mürrisch und schimpfte: „Das müßte doch längst vergessen sein. Du machst aber auch verdammt langsam. Wenn Du Geld haben willst, mußt Du auch was tun!"

„Wenn meine Knochen kaputt sind, gibt mir kein Mensch was. Bei diesen schweren Brocken noch dauernd diese Hetzjagd!" protestierte Bölke. „Daß doch den Krempel versacken! Die legen schon wieder zu, wenn sie sehen, daß wir die fünfundzwanzig Prozent nicht aus den Knochen herausschinden können. Das liegt nur an uns."

„Die werden uns was husten!"

„Lassen wir es doch darauf ankommen! Die können jetzt froh sein, daß sie Leute haben. — Mir ist um Arbeit nicht bange!"

Diese jungen Dachse haben leicht reden, dachte Albert. Denen macht das nichts aus, ob sie da drei Tage, dort eine Woche, anderswo vier Wochen arbeiten. Die stellen alles auf Biegen oder Brechen und werfen mit radikalen Redensarten um sich. „Der Olle hat ja gar nichts abgezogen", stotterte er. „Er hat sich selbst dagegen gesträubt, aber er konnte nichts machen."

„Warum habt Ihr denn die Brocken nicht liegen lassen?"

„Hätten wir sie nicht gemacht, wäre die Arbeit nach der Seestraße gegangen. — Wenn zwei Mann ein bißchen hinterher sind, kommen sie ja auch zurecht."

„Meinetwegen kannst Du ruhig zum Alten gehen und Dich beschweren, daß ich nicht genug arbeite", sagte Bölke frostig und ging.

Als Meister Stempel wieder einmal an der Maschine Alberts stehen blieb, spielte Albert auf den nun zu niedrigen Preis an. Meier sei doch Spezialist in Turbinenrädern gewesen, und trotzdem könnten sie nur selten einige Stunden erübrigen, wenn sie alles daransetzte, um einen Satz etwas früher zu liefern.

„Das hätten Sie doch gleich sagen können", unterbrach ihn Stempel ärgerlich, „dann hätte ich die Räder nach der Seestraße gegeben, fertig! Erst sind sie damit einverstanden, und nun geht das Theater wieder los!" Stempel sah an Albert vorbei, als überlegte er tatsächlich, ob er sich noch länger mit dieser Arbeit herumärgern soll und ging, ohne abzuwarten, ob Albert noch etwas erwidern wollte.

Erst nach Wochen ließ er sich wieder herbei, bei Albert stehen zu bleiben.

„Na, Buchner, wie klappt die Geschichte jetzt?", fragte er.

Inzwischen hatte Albert durch die Unterschrift unter die Akkordzettel dokumentarisch belegt, wie die Sache „klappte". Er hoffte natürlich, die verlorenen Stunden wieder einzubringen. Doch diese Hoffnung erfüllte sich nicht.

„Wir sind bei diesem Satz dreißig Stunden zurück. Wenn das so weiter geht, haben wir für die nächste Woche nur das halbe Geld", antwortete Albert.

„Bölke ist doch nun eingearbeitet", meinte Stempel.

„Er bekommt ja nichts von der Bank. Ist ja auch noch ein junger Kerl, wo soll er es denn her haben?!"

Krachend vergrub sich der Stahl in den rohen, harten Guß. Der Support lehnte sich vibrierend auf und schlug hart zurück. Der Motor an der Maschine brummte.

(Fortsetzung folgt)

ROTER SPORT

Der Schacher geht los

Rote Sportfront gegen „Eiserne Front“

Vor einigen Tagen konnten wir berichten, daß die reformistischen Sportführer durch Hältermann ankündigen ließen, daß in den nächsten Tagen hunderttausend Arbeitersportler in die Schufo-Staffeln der „Eisernen Front“ eingereiht würden. Jetzt geht der Schacher bereits los. Die reformistischen Sportbürokraten haben in einer Sitzung des „geschäftsführenden Ausschusses“ einstimmig eine Entschließung angenommen, wonach die Mitglieder der in diesem Ausschuß vertretenen Verbände verpflichtet werden, in die Wehrabteilungen der „Eisernen Front“ einzutreten.

Man braucht sich nicht zu wundern, daß diese Entschließung einstimmig angenommen wurde, wenn man weiß, daß in diesem geschäftsführenden Ausschuß nur sozialdemokratische Bonzen sitzen. Die Mitglieder werden nicht gefragt, sondern eine Bonzenclique faßt Beschlüsse und die Mitglieder dürfen gehorchen. Wie wäre es, wenn diese Leute des geschäftsführenden Ausschusses einmal die Mitglieder nach ihrer Meinung über die „Eiserne Front“ befragen würden?

In dem Aufruf findet man auch einige Phrasen vom Kampf gegen den Faschismus. Man holt auch einmal wieder das Wort „Volksstaat“ aus der Rumpelkammer. Die SPD.-Arbeiter und auch die proletarischen Mitglieder der reformistisch geleiteten Sportvereine wissen nur zu gut, wie diese Republik aussieht. Sie spüren täglich den Hunger, sie merken immer wieder, wenn der Lohn erneut abgebaut wird, wenn die schon ohnehin kaum ausreichenden Unterstützungssätze gekürzt werden.

Die roten Sportler werden in verstärktem Maße Aufklärungsarbeit unter den proletarischen Mitgliedern der reformistischen Sportverbände leisten müssen. Genau so wie die Schufo-Formationen des Reichsbanners und die Hammerschaften der reformistischen Gewerkschaften, sollen auch die Hundertschaften der Arbeitersportler benutzt werden, um dafür einzutreten, daß der Lohn- und Unterstützungsabbau mit der Notverordnungspolitik durchgeführt werden kann. Wir wissen durch die praktische Erfahrung, daß das Reichsbanner sowohl als auch alle anderen Organisationen, die jetzt mit „Versen von Unruh“ versuchen, in der sogenannten „Eisernen Front“ gegen den Faschismus zu kämpfen, niemals daran denken werden, einen ernsthaften Kampf für die Interessen der Werktätigen zu führen.

Die einzige antifaschistische Kraft ist die rote Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei. In diese Front müssen sich auch die Arbeiter der reformistischen Sportorganisationen einreihen, wenn sie ernsthaft gewillt sind, gegen den Faschismus zu kämpfen. Die roten Sportler organisieren gegenwärtig die Einheitskonferenzen aller werktätigen Sportler. Diese Konferenzen werden ebenfalls im Zeichen der roten Einheitsfront im Kampf gegen den Faschismus stehen und zu einem wuchtigen Bekenntnis für den roten Klassensport werden.

Fichte funkt auf Welle Rot

Am Sonntag, dem 31. Januar 1932, 18.30 Uhr, wird unter diesem Motto ein gutes Programm in der Lichtenberger Arbeitersporthalle, Hauptstraße 2, abgewickelt.
Kartenvorverkauf dortselbst. Eintritt 60 Pf., Erwerbslose 30 Pf.

Im Betrieb und auf der Stempelstelle

Hallo! Wo bleibt ihr andern?

Die Genossen des Wilmersdorfer Bezirks übermitteln uns einen Bericht über ihre Betriebsarbeit. Wir bringen denselben zur Veröffentlichung, weil er einige gute Anregungen für die Schaffung roter Betriebssportgruppen enthält. Darüber hinaus aber zeigt der Bericht, wie über die Arbeiten der unteren Organisationseinheiten (Betrieb, Schulung, bürgerliche und reformistische Vereine, Kinder, Frauen, Jugend usw.) an die Landesleitung berichtet werden soll, damit die Erfahrungen der einzelnen Bezirke und Vereine der Gesamtbewegung zugänglich gemacht werden können.

Jetzt alle heraus aus der Reserve!

Bericht von unserer Betriebsarbeit: Unser erster Versuch, mit den Betrieben in Verbindung zu kommen, um Betriebssportgruppen zu gründen, geschah folgendermaßen und mit folgendem Ergebnis:

1. Mit einer Einladung traten wir in Verbindung mit den Betrieben Reichsbahnausbesserungswerk Grunewald, Telegraphenarbeiter, Kraftag, Müllabfuhr und Transportarbeiter, zum Teil mit persönlichen Verbindungen einzelner Genossen und zum anderen Teil durch die Betriebszellen. In einem Betrieb waren nur Sportgenossen und zwar im Betrieb RBAW.-Grunewald, vertreten.

2. Durch einen Werbeschießabend wollten wir zuerst die Sportinteressenten aller Betriebe zusammen haben, um mit ihnen über die Möglichkeit des Aufziehens einer Betriebssportgruppe zu sprechen. Um die Sache noch lebendiger zu gestalten, mußten auch die Sparten Mannschaften stellen.

3. Die Vorarbeit unserer Genossen, besonders im RBAW., wo wir Genossen hatten, war sehr schwach, so daß zu dem fraglichen Abend nur ein Betrieb, und zwar die Müllabfuhr, mit einer Mannschaft anwesend war.

Die Fehler und Schwächen bei der Vorarbeit, besonders der Genossen in den Betrieben, die damit beauftragt waren, mindestens eine Mannschaft zu organisieren, sind darin zu suchen, daß noch nicht die genügende Erkenntnis über die Notwendigkeit der Betriebsarbeit vorhanden war, und sie demnach auch organisatorisch mangelhaft war.

Ein Erfolg ist der, daß die Stimmung bei den anwesenden Betriebsarbeitern eine gute war, und der erste Betrieb von uns somit erfaßt sind. Die Arbeiter haben versprochen, das nächstemal mit zwei Mannschaften anzutreten.

*

Auf einem Berliner Nachweis knüpften erwerbslose Fichte-Fußballer mit erwerbslosen Mitgliedern eines bekannten bürgerlichen Fußballvereins Diskussionen an. In durchaus kameradschaftlicher Art und Weise besprach man die sich aus der Wirtschaftskrise und den diktatorischen Sparmaßnahmen für die sporttreibenden Arbeiter ergebende Situation, und war sich bald einig, daß von den Führern der bürgerlichen Sportbewegung niemals ein ernsthafter Kampf gegen solche sportfeindlichen Maßnahmen geführt wurde, und daß nur das einheitliche Vorgehen der sporttreibenden Arbeiter aller Verbände die Voraussetzungen schaffen kann, die für die weitere Aufrechterhaltung der sportlichen Betätigung dieser Schichten notwendig sind. Die erwerbslosen bürgerlichen Sportler wurden zu einer Saalveranstaltung der Fichte-Fußballer geladen, die Diskussionen dort fortgesetzt und die Austragung eines Fußballspiels der beiderseitigen erwerbslosen Mitglieder beschlossen.

Am 20. Januar fand dann ein solches Spiel statt. Schiedsrichter war der technische Leiter des bürgerlichen Vereins. Bei der anschließenden Aussprache beschlossen die erwerbslosen bürgerlichen Sportler, eine Delegation zum Landes- und Reichskongreß der sporttreibenden Arbeiter und Arbeiterinnen zu entsenden und anläßlich dieser Tagung Spiele mit Mannschaften der roten Sportler auszutragen.

Dieser Vorgang bestätigt, daß überall dort, wo unsere Genossen ernsthaft und systematisch arbeiten, die Erfolge nicht ausbleiben und ist ein treffendes Beispiel, wie allerorts an der Herstellung der Einheitsfront der sporttreibenden Arbeiter unter den Losungen und der Führung der Kampfgemeinschaft vorgestoßen werden muß.

Neue Sporthalle in Schöneberg

Die Fichtesportler Schönebergs wurden nicht nur aus den Turnhallen vertrieben, sondern auch die neugeschaffene Sporthalle mußten sie auf Grund der Schikanen des Hauswirts verlassen. Nunmehr haben sie sich aus eigener Kraft eine neue Halle geschaffen, der ehemalige Lindenpark wurde zu einem Sportpalast umgebaut.

Am Sonntag war die Eröffnungskundgebung. Viele, viele Zuschauer mußten wieder umkehren, weil die Polizei wegen Ueberfüllung geschlossen hatte. Ein ausgezeichnetes Sportprogramm gelangte zur Abwicklung. In wechselvoller Folge zeigten alle Sparten Ausschnitte aus ihrem Uebungsbetrieb.

Auch eine Anzahl von Sportlern aus dem bürgerlichen und reformistischen Lager wohnte der Einweihung bei.

Die Zeit stellt Fragen
Die Zeit gibt Antwort

Sind 5 ₰ für eine Zigarette noch heute jedem Raucher erschwinglich?

Die qualitätvolle 5 ₰ Zigarette erster Marken-Fabrikation befriedigt selbst den verwöhntesten Raucher, aber 5 ₰ für eine Zigarette kann heute nicht jeder ausgeben.

Schmeckt Ihnen die 3⅓ ₰ Zigarette?

3⅓ ₰ sind nicht viel, aber eine 3⅓ ₰ Zigarette kann nicht alle Qualitätsansprüche erfüllen.

Hier ist ein Problem zu lösen, das Alle angeht, Dich und Mich.

Seit Monaten bemühen sich unsere Fachleute, auf wissenschaftlich exakter Grundlage diese Frage zu klären. Schon heute können wir Ihnen mitteilen, dass wir bereits eine Lösung gefunden haben, die Alle Raucherkreise befriedigen wird.

Haus Bergmann
Zigarettenfabrik A.-G. Dresden

Lesen Sie demnächst an dieser Stelle aufmerksam Ihre Zeitung

Offener Brief an die Bauarbeiter

An alle revolutionären Arbeiter und Funktionäre des Industrieverbandes für das Baugewerbe

Die Generaloffensive der kapitalistischen Klasse gegen die Arbeiterklasse gebietet die Schaffung der roten Einheitsfront zum Kampf gegen den Lohnabbau, Notverordnungsdiktatur und faschistischen Terror. Der siegreiche Kampf der roten Einheitsfront für die Kampfforderungen des Proletariats setzt voraus die Ueberwindung des sozialdemokratischen Einflusses unter den Arbeitermassen. Unter der Losung „Eiserne Front" versucht die SPD. die Arbeiter in den Dienst der Brüning-Groener-Severing-Politik zu stellen und die Arbeiterorganisationen als Schutztruppen der kapitalistischen Diktatur auszunutzen.

Der linke Flügel dieser „eisernen Front" im Dienst der Notverordnungsdiktatur sind SAP. und KPO. Sie predigen den Waffenstillstand mit der SPD. im Namen des „Kampfes gegen den Faschismus", während in der Tat die SPD. der aktivste Schrittmacher der faschistischen Diktatur ist.

Entsprechend der Politik der SAP., dieser linken Filiale des sozialdemokratischen Parteivorstandes, versuchen Schiele und Corinth den Apparat des Industrieverbandes für das Baugewerbe gegen die rote Einheitsfront und für die Unterstützung der SAP.-Politik einzuspannen. Die Leitung des Industrieverbandes hat nicht nur Vertreter zur Kundgebung der Rosenfeld-Brandler und Urbahns entsandt, sondern tritt im „Bauprolet" vom 16. Januar 1932 offen für die linke Filiale der SPD. ein. Aehnlich wie der „Vorwärts" verleumdet auch Corinth im „Bauprolet" die KPD. als „ultralinks", weil sie den „Waffenstillstand" mit der SPD. ablehnt. Es wird erklärt:

> „Die SAP. wandte sich an die Parteien und Parteigruppen zur Herstellung einer Einheit gegen die Machtübernahme durch den Faschismus. Eine sehr notwendige Sache, bei der es nur auf die einheitliche Plattform ankommt. Die SPD. lehnte ab. Die KPD. auch!"

Also, der „Bauprolet" unterstützt die demagogische Gegenüberstellung von bürgerlicher Demokratie und Faschismus und versucht unter der Losung des „Kampfes gegen den Faschismus" die Arbeiter vom gegenwärtigen Kampf gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur durch die Brüning und Severing abzuhalten. Ja, die Schiele und Corinth erklären, daß es auf die „einheitliche Plattform" ankommt. Wofür? Mit wem? Wie die Rosenfeld und Co. wollen sie die Illusion nähren, als ob es möglich sei, die SPD. auf eine proletarische Kampfplattform zu bringen. So wie die Schiele, Corinth und Co. beim roten Volksentscheid gegen die Preußenregierung die Geschäfte der SPD. besorgt haben, so auch jetzt. Mit Kenntnis von **Schiele** werden im Industrieverband SAP.-Fraktionen geschaffen, um den Industrieverband in den Dienst der reformistischen Gewerkschaftspolitik der Seydewitz und Co. zu stellen.

Genossen des Industrieverbandes, **vergeßt nicht, daß gerade** die SAP. den Streikkampf gegen die Durchführung der Lohnabbaunotverordnung ablehnte, daß die Führer der SAP. Lohnabbauvereinbarungen mit den Unternehmern getroffen haben (Ziegler-Breslau), daß die **Walcher** und Co. in Berlin im Dienste von **Urich** mit allen Mitteln Streikkämpfe in den Betrieben gegen den Notverordnungslohnabbau zu verhindern suchen. **Wer im Industrieverband die SAP.-Politik so unterstützt wie Corinth, der will den Industrieverband ebenso zu einer Filiale des ADGB. machen, wie die SAP. nichts anderes ist als eine Filiale der SPD.**

Ihr habt Kaiser aus dem Verband hinausgeworfen, weil er den Industrieverband in den Dienst der Brandler und Co. zu stellen versuchte und auch Geldmittel des Verbandes dazu benutzt hat. Jetzt setzt Schiele diese Politik fort. Da aber Brandler zu sehr diskreditiert ist, wird der Apparat des Industrieverbandes benutzt, um die Politik der Rosenfeld und Seydewitz zu propagieren. Dabei besitzen die Schiele und Co. die Frechheit, sich obendrein als Vertreter der Verbandstagsbeschlüsse aufzuspielen. Als ob jemals ein Verbandstag des Industrieverbandes die Unterstützung des Reformismus beschlossen hätte.

Genossen des Industrieverbandes! Ihr könnt euch entsinnen, daß Kaiser und Schiele aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen wurden, weil sie gegen die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale Stellung nahmen und insbesondere den Austritt aus den reformistischen Gewerkschaften forderten. Das wäre der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie nur angenehm gewesen. Dann hätten Leipart und Co. um so leichter die Gewerkschaftsmitglieder unter ihrem Einfluß halten können. Von der Stellungnahme gegen die Gewerkschaftspolitik der KPD. sind die Kaiser, Schiele und Co. jetzt gelandet bei den linken Agenten der Sozialdemokratie, den Rosenfeld und Brandler. Aber damals wurden von der Ruth-Fischer-Zentrale auch revolutionäre Bauarbeiter ausgeschlossen. Das war ein grober politischer Fehler, der den Kaiser und Co. die Durchführung ihrer antikommunistischen Politik erleichterte.

Wenn die Schiele und Korinth ihre Seydewitz-Politik verhüllen wollen durch die verleumderische Behauptung, die KPD. wolle den Industrieverband zerschlagen, so erklären wir offen vor allen Mitgliedern des IVfdB.:

Die KPD. ist für die Einheit des Industrieverbandes auf dem Boden des Klassenkampfes. Feinde der Einheit sind aber diejenigen, die den Apparat des Industrieverbandes für die Durchsetzung einer reformistischen oder trotzkistischen Politik ausnutzen und revolutionäre Bauarbeiter diktatorisch ausschließen. Feinde der Einheit sind diejenigen, die gegen die proletarische Klassenpolitik der RGO. kämpfen.

Wer vertritt allein eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik? Es ist nicht **die Kommunistische Partei, die kämpft um die Schaffung einer selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung** und die gerade **im Interesse einer roten Gewerkschaftsbewegung** ihre Kräfte konzentriert auf die Gewinnnung der Gewerkschaftsmitglieder, um den Einfluß der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie zu brechen und rote Gewerkschaften als gewerkschaftliche Massenorganisationen der Arbeiter zu schaffen? Wir sind überzeugt, daß die Erfahrungen der Mitglieder des Industrieverbandes über den Verrat der Kaiser und Co. und die Tatsache, daß die Kommunistische Partei mit allen Kräften kämpft um die Schaffung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung, bewirken, daß alle revolutionären Bauarbeiter im Industrieverband aufräumen mit der Antikommunistenhetze der Schiele, Korinth und Co. und gemeinsam mit der Kommunistischen Partei in roter Einheitsfront gegen die Kapitalsdiktatur und ihre soziale Hauptstütze, die SPD., und ihre linke Filiale der Seydewitz, Rosenfeld und Co., kämpfen. **Wir sind überzeugt, daß jene Bauarbeiter, die im Jahre 1924 aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen wurden oder ausgetreten sind, daß sie sich wieder in die Reihen der Kommunistischen Partei eingliedern und als Mitglieder der Kommunistischen Partei in der roten Einheitsfront kämpfen werden.**

KPD., Bezirksleitung Berlin-Brandenburg
J. A.: W. Ulbricht.

Branchenleitung des Gesamtverbandes restlos von der Opposition besetzt

Glänzender Sieg der Opposition in der Branche der Möbeltransportarbeiter — Die Antwort auf den Verrat des letzten Streiks durch die Gesamtverbandsbürokratie

Am 25. Januar fand die Branchenversammlung der Möbeltransportarbeiter im Gesamtverband statt. Die Versammlung, die auch die Neuwahlen der Branchenleitung und der Lohnkommission vorzunehmen hatte, war von etwa 260 Kollegen besucht und verlief äußerst stürmisch. Bekanntlich hatten die Möbeltransportarbeiter vor kurzer Zeit einen Streik gegen Lohnabbau geführt, der von den Reformisten schmählich verraten wurde. Der reformistische Branchenleiter Felisch erklärte diesen Streik für „wild" und lief persönlich zu den Unternehmern, um über die Abwürgung des Streiks zu verhandeln.

In der Versammlung am Montag rechneten die im Gesamtverband organisierten Möbeltransportarbeiter mit dem schändlichen Verrat der Bürokraten ab. Während des Referats von Felisch hagelte es Zwischenrufe, wie „Ihr habt uns verraten", und andere Wahrheiten. In der Diskussion stand ein Kollege nach dem andern auf und hielt seine Anklagerede gegen die Bonzen. Ein Kollege aus der sozialdemokratischen Fraktion, der sich als einziger verpflichtet fühlte, die Politik der Branchenleitung zu verteidigen, wurde von den empörten Kollegen niedergeschrien.

Dann präsentierte Felisch die Vorschlagsliste mit den zehn Branchenleitungsmitgliedern. Felisch versuchte, über seine reformistische Liste en bloc abstimmen zu lassen. Dieser Versuch schlug jedoch fehl, weil die Kollegen ganz richtig erkannten, daß sie überrumpelt werden sollten. Die Versammlungsleitung mußte sich dazu bequemen, über jeden einzelnen der zehn Funktionäre getrennt abstimmen zu lassen. Die Opposition hatte ebenfalls zu allen Funktionen Vorschläge gemacht.

Die Abstimmungen ergaben für jeden oppositionellen Kandidaten eine überwältigende Mehrheit. Nicht ein einziger Reformist wurde gewählt. Alle Funktionen sind von oppositionellen Kollegen besetzt. Auch in der Lohnkommission, die aus zehn Köpfen besteht, und die anschließend gewählt wurde, hat die Opposition die absolute Mehrheit.

Die Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Möbeltransportarbeiter hat gezeigt, daß die oppositionelle Arbeit innerhalb der Gewerkschaften mit Riesenschritten vorwärtsschreitet. Sie ist ein leuchtendes Beispiel dafür, wie leicht es ist, jetzt, wo die Streikbruchpolitik der Gewerkschaftsführer offen zutage tritt, die Gewerkschaftskollegen aufzuklären. Schon in den letzten Tagen und Wochen konnten wir täglich über Vorstöße an der innergewerkschaftlichen Front berichten.

Es darf keine Gewerkschaftsversammlungen mehr geben, wo nicht oppositionelle Kollegen aufstehen und mit den Bürokraten Abrechnung halten. Die errungenen Positionen innerhalb der Gewerkschaften müssen durch zähe Kleinarbeit ausgebaut werden. Die Gewerkschaftskollegen müssen von jeder Versammlung, wo den Bürokraten entgegengetreten wurde, sofort Berichte an die „Rote Fahne" einsenden, damit ihre Arbeit auch durch die Presse unterstützt werden kann.

Streikerfolg bei Fusor

Unter Führung des roten Verbandes Lohnabbau zum größten Teil verhindert

Am 5. Januar 1932 trat die Belegschaft von Fusor, Spritzgußbetrieb, Neukölln, in den Streik, da die Direktion einen Lohnabbau von 10 Prozent bei den Männern und einen 15prozentigen bei den Frauen vornehmen wollte. Die Verhandlungen mit dem Betriebsrat scheiterten, der Unternehmer war gewillt, den Lohnabbau bei den Frauen von 15 auf 10 Prozent herabzusetzen.

Am selben Tage verhandelte der DMV. mit der Firma und schloß einen Haustarif ab, wonach bei den Männern 20 Prozent und bei den Frauen auch 20 Prozent abgezogen werden sollten.

Wenn die Männer bis zum 1. Januar im Akkord 1,62 Mark verdienten, so sollten sie nach der Vereinbarung mit dem DMV nur noch 1,30 Mark erreichen können. Während die Frauen bis zum 1. Januar 76 Pfennig pro Stunde verdienten, sollten sie nach dem Haustarif nur 61 Pfennig verdienen können.

Durch Verhandlungen mit dem Betriebsrat und der Streikleitung wurde dieser vom DMV. abgeschlossene Haustarif ab 21. Januar für ungültig erklärt. Die Streikenden konnten den Lohnabbau um ein Wesentliches verringern. Danach sind jetzt die Akkordverdienste **1,50 Mark** für die Männer und für die Frauen 70,3 Pfennig. Die Streikenden haben also einen guten Erfolg errungen. Durch den mustergültigen Streik verdienen die Frauen jetzt 10 Pfennig und die Männer 20 Pfennig pro Stunde mehr. Außerdem wurden alle Arbeiter zu den alten Bedingungen wieder eingestellt einschließlich der bereits entlassenen roten Betriebsräte zu ihren alten Rechten.

Wenn es hier den Streikenden nicht gelang, restlos den Lohnabbau abzuwehren, so haben sie doch gesehen, daß ihre Kraft schon ausreichte, die wesentlich schlechteren Bedingungen des DMV. abzuwehren und können mit Recht den Ausgang dieses Streiks als einen Teilerfolg buchen.

DMV. vereinbart neun Prozent Lohnabbau

Die Streikfront bei den Metallschleifern steht fest. Trotzdem hat es die DMV.-Bürokratie fertiggebracht, bei der Firma Bergfeld eine Vereinbarung mit dem Unternehmer zu treffen, die 9 Prozent Lohnabbau vorsieht. Die Kollegen Metallschleifer und besonders die DMV.-Kollegen haben keinen Grund, die Arbeit mit einem neunprozentigen Lohnabbau aufzunehmen. Die Streikfront steht fest und der Streik wird bis zum Siege weitergeführt. An die DMV.-Kollegen ergeht der Appell, den streikenden Kollegen nicht in den Rücken zu fallen, sondern ebenfalls den Streik weiterzuführen.

Die Ullstein-Versammlung

Schwindelbericht des „Vorwärts"

Die Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Betrieb Ullstein, die von der SPD.-Gewerkschaftsbürokratie der vier graphischen Verbände einberufen war und am Sonntag, dem 24. Januar, stattfand, war von rund 1000 Kollegen besucht. Die Versammlung selbst wurde von Rollkommandos des Reichsbanners „gesichert". Ein Antrag auf Zulassung der oppositionellen Arbeiterräte wurde gar nicht zur Abstimmung zugelassen. Systematisch wurde allen Funktionären, die als Arbeiterräte nicht mit der SPD.-Bürokratie durch dick und dünn gehen, der Zutritt verweigert. In Abwesenheit der roten Betriebsräte wurden diese von den SPD.-Rednern persönlich verunglimpft.

Sie wagten aber nicht, ihre Streikbruchrolle als SPD.-Betriebsräte und Gewerkschaftsbeamte zu vertreten, sondern ließen erklären, daß **Pflanz** zur Gewerkschaftsbürokratie gekommen wäre, damit sie dafür sorge, daß er und die anderen, die ihren Kollegen in den Rücken gefallen sind, ungehindert in den Betrieb kommen.

Diese Darstellung ist zur Täuschung der Kollegen erfunden worden. In Wirklichkeit hat, wie wir schon berichtet haben, das graphische Kartell den Streikbruch systematisch organisiert. Auch in der freigewerkschaftlichen Versammlung wurde von den oppositionellen Kollegen den Gewerkschaftsvertretern und den SPD.-Betriebsräten ihre Streikbrucharbeit bewiesen. Der als Schläger bekannte **Grohmann** brachte es fertig, einen oppositionellen Sprecher, der der Bürokratie ihre Arbeiterfeindlichkeit nachwies, tätlich zu bedrohen. Die oppositionellen Gewerkschafter waren darüber ungeheuer empört, sie verließen zum größten Teil die Versammlung, was allerdings falsch war.

Am Schluß der Versammlung war nur noch die knappe Hälfte, rund 500 Kollegen, anwesend. Davon war noch ein erheblicher Teil betriebsfremd. Diese kleine Minderheit brachte es dann fertig, eine Resolution anzunehmen, die den oppositionellen Betriebsräten das Mißtrauen ausspricht. Im „Vorwärts" vom Dienstag morgen macht jetzt die SPD.-Bürokratie davon ein großes Geschrei. Im Betrieb Ullstein ist die SPD.-Fraktion aber nach ihrer verunglückten Gewerkschaftsversammlung sehr kleinlaut. Sie weiß, daß der größte Teil der Belegschaft ihre Handlungen schärfstens verurteilt und zur RGO. steht.

Generalstreik in Sevilla

Madrid, 26. Januar. Die Entsendung von Militär gegen die Streikenden von Katalonien hat in ganz Spanien große Empörung ausgelöst. In Sevilla ist der Generalstreik vollständig. In vielen anderen Städten wird gestreikt.

Das ist Solidarität!

Die Belegschaft von Legrit, Weißensee, hat sich verpflichtet, für die Streikenden von Spritzguß, Weißensee, einen Stundenlohn zur Unterstützung des Kampfes zu zeichnen.

Kollegen und Kolleginnen der Gelb- und Weißmetallindustrie! DMV., EVMB.-Mitglieder und Unorganisierte!

Heute, Mittwoch, den 27. Januar, findet bei Ewalds, Stralauer Straße, eine von oppositionellen Kollegen einberufene Versammlung aller Kollegen und Kolleginnen statt. Alle Kollegen und Kolleginnen, Drücker, Gürtler, Graveure, Ziseleure, Metallformer, Montiererinnen, Löterinnen usw. sollen daran teilnehmen.

Industriegruppe Gemeinde — Verkehr. Heute, Mittwoch, den 27. Januar, 19 Uhr, in Haverlands Festsälen Funktionärversammlung. Mitgliedsbuch und Ausweis mitbringen!

Einheitsverband für das Baugewerbe. Oeffentliche Bauarbeiterversammlung im Osten am Mittwoch, dem 27. Januar 1932, 14 Uhr, in Schmidts Gesellschaftshaus, Fruchtstraße 36.

Betriebsräte, Bandelegierte und Vertrauensleute für das Baugewerbe Groß-Berlins! Am Donnerstag, dem 28. Januar 1932, 17 Uhr, im Lokal von Schulz, Elisabethstraße 30 (Nähe Alexanderplatz), Betriebsrätekonferenz.

Funktionäre der RGO. und roten Verbänden

Am Donnerstag, dem 28. Januar 1932, abends 7½ Uhr in den Sophiensälen (Sophienstraße)

Fortsetzung der Diskussion der letzten Funktionärkonferenz

Alle Funktionäre müssen erscheinen!

Bezirksausschuß der RGO.

Japaner besetzen Charbin

Entfaltet eine machtvolle Offensive zur Verteidigung der Sowjetunion und der chinesischen Sowjetgebiete

Telegraphen-Union meldet: Nach einem Bericht der japanischen Telegraphenagentur Shimbun Rengo besetzte die Armee des japanischen Generals Gui die Randgebiete der Stadt Charbin. Die vollständige Besetzung wird jeden Augenblick erwartet.

Die Weißgardisten veranstalten in der Stadt große Demonstrationen. Der Oberbefehlshaber der chinesischen Verteidigungstruppen ist zurückgetreten.

Eine offizielle Bestätigung der Besetzung von Charbin liegt noch nicht vor. Jedoch tragen diese bürgerlichen Nachrichten alarmierenden Charakter.

Charbin ist die wichtigste Station der Ostchinabahn, die den sowjetrussischen Hafen Wladiwostok auf dem kürzesten Wege mit der übrigen Sowjetunion verbindet. In Charbin befindet sich auch die Verwaltung der Ostchinabahn, die zur Hälfte in sowjetrussischen Händen liegt.

Die Besetzung Charbins durch Japan bedeutet die Krönung seiner sowjetfeindlichen Provokationen in der Mandschurei.

Ein solches Wagnis unternimmt Japan nicht auf eigene Faust. Gerade heute hat Paul Boncour, Ex-Mitglied der II. Internationale, im Auftrage des französischen Imperialismus im Völkerbund dem chinesischen Vertreter mitgeteilt, daß sich „keine Mehrheit gegen Japan" findet. Das ist eine neue Bestätigung der Zusammenarbeit Frankreichs mit Japan im japanischen Raubkrieg in China und bei seinen Provokationen gegen die Sowjetunion. Auch Amerika, das eben wegen der Besetzung von Schanghai eine Protestnote an Tokio sandte, hat großes Interesse daran, daß Japan seine imperialistische Betätigung mehr nach Norden verlegt und Vorstöße gegen die Sowjetunion unternimmt.

Die Besetzung Charbins, das kann der Beginn einer großen imperialistischen Offensive gegen das sozialistische Vaterland aller Werktätigen und Unterdrückten sein. Für die deutsche Arbeiterklasse ein Alarmsignal! Die Wachsamkeit zur Verteidigung der Sowjetunion muß verzehnfacht werden. Nehmt in Massenkundgebungen der Betriebe und Wohngebiete zum drohenden Ueberfall auf die chinesischen Sowjetgebiete Stellung! Nehmt Stellung zur Bedrohung der Sowjetunion durch den japanischen, französischen und amerikanischen Imperialismus! Führt eine machtvolle Offensive für die Sowjetunion durch!

Japanische Kreuzer nach Kanton

Tokio, 26. Januar. Fünf japanische Kriegsschiffe haben Befehl zum Auslaufen nach China bekommen. Ihr Ziel ist Kanton und Nanking. Außerdem sind noch zwölf Kriegsschiffe ausgelaufen.

Wie lebt der russische Arbeiter?

(Von unserem in die Sowjetunion entsandten WB.-Redaktionsmitglied)

Der Lederarbeiter Charlamoff aus der Lederfabrik „Semlatschka", Moskau, Nischni-Kotli, kaut nachdenklich an seinem Bleistift. Seine Frau sitzt neben ihm und prüft die Zahlen. Die beiden kleinen Kinder wollen keine Ruhe geben. Nur das Dritte ältere sitzt am andern Ende des Tisches und liest. Der Lederarbeiter Charlamoff rechnet sein Monatsbudget aus. Mit 216,25 Rubel ist er am Monatsende nach Hause gekommen. Und sein Budget sieht folgendermaßen aus:

An die Spitze stellt dieser einfache russische Arbeiter bezeichnenderweise geistige Nahrung!

Abonnement „Prawda"	1,20 Rubel
Abonnement „Bolschewik"	0,40 „
Abonnement „Trud"	1,— „

Dann kommen seine Beiträge für die Partei des Proletariats und für die Gewerkschaft, zusammen 10,65 Rubel. Wir lesen weiter:

Miete und Kommunalabgaben, Heizung und Licht	14,75 Rubel
Anleihen „Drittes entscheidendes Jahr des Fünfjahrplanes"	21,— „
Kleidung	20,— „
Essen und Lebensmittel	122,— „
Frühstück der Kinder für die Schule	12,25 „
Theater und Kino	6,— „
macht insgesamt:	209,25 „

Die verbleibenden 7 Rubel gehen für Rauchen und für Kleinigkeiten auf.

„Wo kauft ihr eure Lebensmittel?", frage ich sie. „In der geschlossenen Kooperative unseres Betriebes, nur fünf Minuten von der Fabrik entfernt."

„Aber die Lebensmittel sind doch normiert?" „Natürlich." Ich sage: „Bei uns in Deutschland schreiben die sozialdemokratischen Blätter von „Hungernormen"?

Der Arbeiter Ch. holt als Antwort sein Buch aus der Lade und beginnt mir die Normen vorzulesen.

„Also unsere Normen: Eineinviertel Kilo Schwarzbrot, eineinviertel Kilo Weißbrot pro Tag oder 72 Kilogramm Brot im Monat. Schwarzbrot kostet 7 Kopeken, Weißbrot 12 Kopeken das Kilo. Fleisch 16 Kilogramm zu einem Rubel pro Kilo. Zucker 7,5 Kilogramm zu 62 Kopeken, Mühlenfabrikate 11 Kilogramm zu 36 Kopeken das Kilo, 10 bis 12 Kilo Mehl zu 26 bis 32 Kopeken das Kilo, Hirse für die Kinder 1,5 Kilogramm zu 28 Kopeken pro Kilo. Tee 125 Gramm, kosten 1,65 Rubel. Makkaroni 3,75 Kilogramm zu 35 Kopeken das Kilo, Butter 1 Kilogramm für 3,15 Rubel das Kilo, Fett drei Kilogramm 44 Kopeken das Kilo, Waschseife 2,5 Kilo zu 38 Kopeken das Kilo, Toilettenseife 5 Stück, pro Stück 37 Kopeken. Reis 1,5 Kilogramm zu 36 Kopeken, Milch 45 Liter pro Monat (pro Kopf des Kindes täglich 0,5 Liter), Heringe 1,8 Kilo zu 1,12 Rubel das Kilogramm.

Alles andere ist ohne Beschränkung erhältlich, also Kartoffeln, Gemüse, Obst, Zigaretten, Tabak, Konfekt, Gebäck, Fisch (außer Heringe), Petroleum, Kaffee, Wurst und Käse.

Außerdem esse ich nach Belieben, wenn ich hungrig bin, in der Stolowaja (Eßsaal der Fabrik) ein Mittagessen von zwei Gängen — Suppe, Fleisch, Gemüse —, kostet 30 Kopeken, ein Essen mit drei Gängen — Suppe, Fleisch, Gemüse und Süßspeise — 35 Kopeken, dazu gibts Brot so viel ich will, und wenn ich nicht warm essen will, gibt es Tee mit belegten Brötchen oder Kuchen. Und all das bekomme ich also außer der normierten Menge."

So lebt der russische Arbeiter — und die Familie Charlamoff ist nur eine von vielen Millionen gleicher. So leben sie bereits zu Beginn des vierten Jahres im ersten Fünfjahrplan, und von Monat zu Monat steigen die Löhne, wachsen die Betriebe der Leichtindustrie auf der Grundlage der geschaffenen Schwerindustrie, verbessern sich die Versorgungsverhältnisse, während in Deutschland Hindenburgs und der SPD. täglich Dutzende von Menschen vom Hunger gepeinigt zum Strick oder zum Gashahn greifen.

So trennt auch heute schon trotz aller noch vorhandener Schwierigkeiten eine Welt die sozialistische Sowjetunion vom kapitalistischen Deutschland mit seinen vollen Läden und seinen hungrigen Kindern.

*

Soweit der Bericht unseres Redaktionsmitgliedes, der eine russische Arbeiterfamilie interviewt hat, wie es sie zu Millionen gibt. Ja, man kann sogar sagen, im Durchschnitt arbeitet heute die russische Frau bereits mit in der sozialistischen Produktion und dadurch erhöhen sich noch Einkommen und Normen in der Arbeiterfamilie. Wo gibt es in Deutschland eine Arbeiterfamilie, die einen so geringen Bruchteil ihres Einkommens für Miete zahlt? Wo gibt es einen Arbeiterhaushalt, der 32 Pfund Fleisch im Monat, das sind mehr als ein Pfund pro Tag verbrauchen kann? Das Budget dieser russischen Arbeiterfamilie schlägt alle bürgerlichen und sozialdemokratischen Lügenberichte.

Die II. Internationale im Dienste des französischen Imperialismus

Unbedingt für deutsche Tribute — Der Kommunismus die einzige Kraft gegen Tributsklaverei

Vor kurzem hat Crispien im „Vorwärts" einen Artikel veröffentlicht, in dem er des langen und breiten auseinanderzusetzen versuchte, daß die Sozialdemokratie stets gegen die Tribute gewesen wäre. Noch hatte man keine Zeit, diese allen Tatsachen Hohn sprechenden Behauptungen zu verdauen, als der Genosse Crispiens, Leon Blum, in der französischen Kammer auftrat und sich eindeutig für die Tribute aussprach.

Am 24. und 25. d. M. tagte in Köln das Büro der 2. Internationale. Neben Leon Blum nahmen an dieser Sitzung auch Vertreter der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie teil. Und diese Sitzung faßte den Beschluß — wie wir schon kurz meldeten —, daß Frankreich auf die Tribute nicht verzichten könne, da es an Amerika verschuldet sei. Ferner heißt es in dem Beschluß, daß man einseitige Verträge nicht zerreißen könne, das heißt, Deutschland dürfe ohne Zustimmung Lavals die Ketten des Youngplans nicht abwerfen.

Dieser Beschluß der Exekutive der 2. Internationale ist ein Glied in einer Kette. Vom 30. März bis 1. April 1921 tagte in Amsterdam das Exekutivkomitee der 2. Internationale und faßte Beschlüsse, in denen es wörtlich heißt:

„Sie (die Exekutive der 2. Internationale) nimmt Kenntnis von der Erklärung der deutschen Vertreter, daß sie in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Internationalen Kongresses von Genf bereit sind, die Verantwortung für alle berechtigten (!) Wiedergutmachungsforderungen zu übernehmen."

Also die deutsche Sozialdemokratie erklärt sich bereit, die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß Deutschland dem französischen Imperialismus die Tribute regelmäßig abführen wird. Ja, noch mehr: an einer anderen Stelle der Beschlüsse dieser Exekutivetagung heißt es wörtlich:

„Die Konferenz nimmt davon Kenntnis, daß die deutsche Sozialdemokratie prinzipiell bereit ist, die deutschen Leistungen zur Wiedergutmachung nach Maßgabe der steigenden wirtschaftlichen Prosperität Deutschlands zu erhöhen." (!!)

Das heißt in anderen Worten: es soll dem deutschen Arbeiter in noch stärkerem Maße für Tribute das Mark aus den Knochen herausgepreßt werden.

Auf dem Kongreß der 2. Internationale in Hamburg im Jahre 1923 wurde folgende Resolution gefaßt:

„Es ist unbestritten, daß die Lasten des Wiederaufbaus von Deutschland getragen werden müssen, da der Wiederaufbau für Deutschland eine moralische Pflicht darstellt, die im übrigen von den Gewerkschafts- und sozialistischen Organisationen freiwillig verkündet worden ist."

So sieht es in Wirklichkeit um den Kampf der deutschen Sozialdemokratie „gegen" die Tribute aus! Aber wie sollte es auch anders sein. Waren es doch Führer der 2. Internationale, die den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben. Auf demselben Hamburger Kongreß erklärte Vandervelde wörtlich: „Ich habe in Uebereinstimmung mit der gesamten belgischen Arbeiterklasse und Arbeiterpartei damals meine Unterschrift unter diesen Vertrag gesetzt und wenn mich etwas tröstet, dann ist es, daß mein Name nicht die einzige sozialistische Unterschrift unter diesem Vertrag ist. Denn auf der anderen Seite stehen die Namen Hermann Müllers und Karl Renners. Auch für uns war diese Unterschrift damals eine schwere Gewissensfrage, aber wenn ich sie heute wiederholen würde, ich sie wiederholen. . ."

Eine klare und eindeutige Sprache! Von den Tagen des Versailler Vertrages bis heute steht die gesamte 2. Internationale hinter dem französischen Imperialismus, ist sie seine festeste Stütze bei der Ausplünderung der deutschen Werktätigen durch Tribute. Es gibt nur eine Kraft gegen den Vertrag von Versailles, gegen den Youngplan und gegen die Tribute — das sind die Kommunistischen Parteien in allen Ländern, das ist die Kommunistische Internationale.

Die Friedenspolitik der Sowjetunion

Erklärung des Genossen Litwinow vor seiner Abreise nach Genf zur „Abrüstungs"konferenz

Moskau, 26. Januar. Vor seiner Abreise zur „Abrüstungs"-Konferenz nach Genf gab der Volkskommissar für Auswärtiges, Genosse Litwinow, durch die Telegraphenagentur der Sowjetunion eine Erklärung über die Friedenspolitik des Sowjetstaates und über die von der Sowjetregierung verschiedenen Staaten vorgeschlagenen Nichtangriffspakte ab. In dieser Erklärung heißt es:

Der Inhalt der von der Sowjetregierung vorgeschlagenen Verträge ist einfach. Er enthält vor allem die Verpflichtung, Angriffe zu unterlassen und alle Ursachen, welche die friedlichen Beziehungen zwischen den vertragschließenden Teilen verletzen könnten, nach bester Möglichkeit zu beseitigen. Wenn beide Parteien bei den Paktverhandlungen wirklich vom Bestreben beseelt sind, die friedlichen Beziehungen zu befestigen, friedliche Verpflichtungen nicht fürchten und keine Nebenziele verfolgen, dann wird es gelingen, die Verhandlungen sehr rasch erfolgreich zu beenden. Ein Beispiel dafür sind die Verhandlungen mit Finnland, die günstig abgeschlossen wurden und nach einigen Wochen mit der Unterzeichnung eines solchen Vertrages endigten. Mit Polen begannen die Verhandlungen einige Wochen früher als mit Finnland und endeten erst heute durch die Paraphierung des bereits veröffentlichten Nichtangriffspaktes.

Nachdem Genosse Litwinow den Stand der Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt mit Litauen, Estland, Lettland und Rumänien geschildert hatte, fuhr er fort:

Die Sowjetregierung hat wiederholt ihren guten Willen und ihr aufrichtiges Streben bewiesen, Nichtangriffspakte abzuschließen. Was weiter zu geschehen hat, hängt jetzt von dem guten Willen der anderen Parteien ab.

Die Sowjetdelegation für Genf

Moskau, 26. Januar. Die Delegation der Sowjetunion für die Abrüstungskonferenz ist nunmehr offiziell ernannt. Vorsitzender der Delegation ist Litwinow. Als Mitglieder gehören ihr an: Sokolnikoff, Lunatscharski, Wenzem und Langawoi.

Nichtangriffspakt Sowjetunion—Polen

Moskau, 26. Januar. Die Besprechungen über den Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Polen wurden zu Ende geführt und der Pakt von Litwinow und Patek unterschrieben.

22 000 streiken in Lodz

Warschau, 26. Januar. Neben den 2000 streikenden Straßenbahnern von Lodz sind heute 20 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen der Trikotagenbranche in den Streik gegen Lohnabbau getreten.

Todesurteil gegen litauischen Genossen

Kowno, 26. Januar. Der Oberste Gerichtshof von Litauen lehnte die Berufung ab und bestätigte das Todesurteil gegen den Kommunisten Kasperaitis, der der Ermordung eines Lockspitzels angeklagt worden war.

Fortdauer der Kämpfe in San Salvador

Neuyork, 26. Januar. Die Nachrichten aus San-Salvador widersprechen einander. Die Aufständischen sind im Besitze mehrerer Städte, während die Regierung, um die Arbeitermassen niederzuhalten, über die Hauptstadt den Belagerungszustand verhängt.

Es handelt sich hier um einen Aufstand der vom amerikanischen Imperialismus ausgebeuteten kleinen Pächter und Arbeiter der Kaffeeplantagen.

Hinter dem Schleier neuer Bankprojekte

Wagemanns „Reformplan" zur Sanierung der bankerotten Großbanken

In der Entwicklung der Kredit- und Bankkrise in Deutschland besteht gegenwärtig ein Schwebezustand, der nicht mehr lange aufrechterhalten werden kann. Die Subventionierungen und staatlichen Beteiligungen an den Großbanken waren nicht ohne Maßnahmen möglich, die das Währungsgefüge noch mehr bedrohen und gleichzeitig die Interessengegensätze im kapitalistischen Lager selber, vor allem das Verhältnis Schwerindustrie und Chemietrust und ihr Bündnis mit den Großagrariern berühren.

Der Plan Wagemann, der u. a. gemeinsam mit den Vertretern des Chemietrusts und dem sozialdemokratischen Arbeiterbankdirektor Bachem, dem Vertrauten Leiparts, ausgearbeitet wurde, ist ein Versuch, in Uebereinstimmung mit den Interessen des Finanzkapitals auf Kosten des Staates eine Sanierung der Großbanken vorzunehmen. Neben einer inflationistischen Erhöhung des Geldumlaufes um drei Milliarden Mark, wobei die Golddeckung für große Noten über 30 Mark nicht im geringsten eine Währungsstabilität gewährleistet, soll eine Umänderung des Kredit- und Bankensystems vorgenommen werden.

Neue Verflechtung von Staat und Großbanken

In dem Plan wird das Problem der neuen Verflechtung zwischen Staat und Großbanken aufgeworfen, das für den deutschen Kapitalismus durch den Krisenverlauf im letzten Jahre brennend geworden ist. Diese neue Verflechtung zwischen Staat und Wirtschaft kommt nicht allein in der Beteiligung an der Danatbank und der Dresdner Bank zum Ausdruck. Alle Großbanken haben im Verlaufe des letzten Jahres Reichsbankkredite erhalten. Sie dienten den Großbanken zum „Stillehalten" gegenüber den großindustriellen Gläubigern. Da diese ihre Kredite nicht zurückzahlen können, zum großen Teil sogar überschuldet, zahlungsunfähig und bankrott sind, erhalten ihre Wechselschulden den Charakter von Beteiligungen, soweit sie überhaupt noch etwas wert sind.

Die „eingefrorenen" Kredite der Reichsbank

Die Reichsbank darf, wenn die Währung stabil gehalten werden soll, ihre Gelder nur für den Zahlungsverkehr, nicht aber für die Finanzierung neuer Anlagen bzw. Deckung von Verlusten hergeben; sie hat dies tatsächlich im großen Umfange getan. In dem Wagemann-Projekt heißt es darüber:

„Selbst bei der Reichsbank zeigt sich ein gewisses Einfrieren der Aktiven. Denn wenn die bei ihr eingereichten Wechsel von Mai bis Dezember 1931 sprunghaft von 1,8 auf 4,9 Milliarden angeschwollen sind, so sind hierin zweifellos beträchtliche Posten enthalten, die nur mit Verlusten realisierbar sein werden. Gefährlich ist aber der stetige Aushöhlungsprozeß, dem die Notendeckung unterliegt: Sind doch Gold- und Deckungsdevisen von Ende Mai bis Ende Dezember 1931 von 2,58 auf 0,53 Milliarden Mark zurückgegangen."

Die Reichsbank hat also für mehrere Milliarden Mark Wechsel den Großbanken abgenommen, die tatsächlich keine kurzfristigen Zahlungsmittelkredite, sondern Beteiligungen an zum Teil bankrotten oder jedenfalls zahlungsunfähigen Konzernen und Trusts darstellen. Deswegen schreibt Wagemann:

„Wenn jetzt das Reich den Zusammenbruch der Großbanken unter größten Opfern aufgefangen hat, d. h. unter Einsatz von Mitteln, die seine schwache Finanzkraft von neuem engagieren, so hat es damit — wenn auch unbewußt — anerkannt, daß die Giralguthaben (als Zahlungsmittel dienende Guthaben) tatsächlich zu Zahlungsmitteln geworden sind."

Damit hat eine Aufblähung des Umlaufes an Reichsbankgeld stattgefunden; lediglich dadurch konnte die Reichsbank die gewaltigen Mittel für die Durchhaltung der Großbanken und die Aufnahme mehrerer Milliarden Mark Wechsel der Großindustrie und Banken bewerkstelligen. Faktisch ist die Reichsbank zum größten Gläubiger der meisten Konzerne und Trusts geworden; sie ist damit an den wichtigsten industriellen Monopol-Unternehmungen beteiligt und mit ihnen auf Gedeih und Verderb verbunden. Der Kreis um Wagemann will nun diese unter der Wucht der vorjährigen Bankenkrise sich fast automatisch ergebende Entwicklung zu einer großzügigen Sanierung der Großbanken bei Schaffung einer neuen Finanzierungsbank für die Großindustrie benutzen.

Mussolini als Vorbild

Wagemann und mit ihm der SPD.-Mann Bachem halten sich hierbei an das Mussolinische Vorbild. Gemeinsam mit Bachem schrieb Wagemann:

„Es liegt nahe, bei dem Verfahren das Vorgehen des italienischen Staates gegenüber der Banca Commerciale nachzuahmen."

Der „Vorwärts" zögert nicht, dieses Projekt als neuen Fortschritt zum „Sozialismus" oder zur „organisierten Wirtschaft" zu preisen. Worum handelt es sich hierbei tatsächlich?

Mussolini hat die großzügigste Hilfsmaßnahme, die der Staat für das Finanzkapital ergreifen kann, im vergangenen Jahr unternommen. Die italienischen Großbanken befanden sich auf Grund ihrer Verflechtung mit dem Industriekapital in einer kaum wesentlich besseren Lage als die deutschen Banken. Die größte Bank Italiens, die Banca Commerciale, war bankrott. Da wurde mit den Mitteln des Staates bzw. der Staatsbank eine neue Bank gegründet. Sie nahm der bankrotten Großbank ihre Beteiligungen und Wertpapiere zum vollen Kurse ab, obwohl sie zum großen Teil wertlos oder wenigstens stark entwertet waren. Die Großbank war saniert. Die neue Bank hatte aus Staatsmitteln die Verluste bezahlt. Das Ergebnis ist, daß die neue Zentrale, mit staatlichen Mitteln finanzierte Industriebank an fast allen großen Industrien Italiens beteiligt ist. Ihr Besitz an Effekten (Aktien und Anleihestücke) beläuft sich auf mindestens 3 Milliarden Lire.

Staatliche Uebernahme der Bankverluste

Ist das ein Schritt zum „Sozialismus" im faschistischen Italien, wie man nach den Worten des „Vorwärts" glauben sollte? Tatsächlich handelt es sich zunächst um die staatliche Uebernahme der Bankenverluste. Der faschistische Staat hält das aufgebähte Aktienkapital hoch, in dem er selber die Aktien aufkauft und die Konzerne und Trusts vor einem Bankrott bewahrt. Damit garantiert der Staat die Dividenden oder Zinsen den Bank- und Industriehyänen. Der faschistische Staat wird damit selber zum größten Zinswucherer.

Bahnt sich aber nicht der Uebergang zum Staatskapitalismus oder zu einer vom Staate kontrollierten Wirtschaft an? Gewiß, die neue Industriebank hat die Möglichkeit der Kontrolle wichtiger Industrien. Sie werden vor allem mit staatlichen Mitteln gestützt und damit zu verschärfter Konkurrenz gegen dem übrigen Kapital befähigt. Der Machtkampf zwischen den Monopolen und die allgemeine Produktionsanarchie werden zunehmen.

Konkurrenzkampf zwischen Chemietrust und Schwerindustrie

Besteht auch in Deutschland die Möglichkeit einer derartigen staatlichen Bankgründung, welche die faulen Kredite und Beteiligungen der Großbanken und der Reichsbank zu übernehmen hätte? Derartige Pläne werden von verschiedenen Interessengruppen geschmiedet. Der Chemietrust, der besonders eng mit der Brüningregierung verbunden ist, würde es zweifellos nicht ungern sehen, wenn er dadurch eine verstärkte Einflußnahme auf die durch die Krise gelähmte großindustrielle Konkurrenz bekäme. Die Schwerindustriellen wollen durch Fortsetzung der Inflationspolitik eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zu ihren Gunsten erreichen. Sie haben sich zu diesem Zwecke mit dem großagrarischen Kapital verbündet, das der Chemietrust und die Brüningregierung durch Osthilfe-Subventionen, Düngemittel-Kredite, die allerdings eine Subventionierung des Chemietrusts darstellen, an sich zu fesseln versucht.

Hitler glaubt, bei diesen Interessenkonflikten und Schwierigkeiten eine besonders große Chance zu haben, indem er sich zum Diener der Interessen der Schwerindustriellen macht. Hinter den Aussprüchen Brüning-Hitler und dem freundschaftlichen Anbiedern Brünings an die Nazis verbergen sich die Versuche des Finanzkapitals nach neuen Sanierungsprojekten. Sie bringen vermehrte Lasten für die Massen, eine Verstärkung der staatlichen Ausbeutung und Subventionierung für die Großindustrie mit sich, für deren Sicherung gegenüber dem revolutionären Proletariat die Hilfe der Nazis unentbehrlich ist. G. R.

SPD-Arbeiter rufen: „Wir wählen Thälmann!"

Berliner Abteilungsversammlung in größter Empörung gegen den Hindenburgkurs der SPD.

Auf dem Zahlabend der 39. Abteilung der Berliner SPD. am 13. Januar im Baugewerkschaftshaus Großbeerenstraße kam es zu schärfsten Zusammenstößen zwischen dem Referenten Krotoschiner und den sozialdemokratischen Arbeitern. Schon während des Referats herrschte eine große Unruhe, die sich zu einem richtigen Tumult steigerte, als der Referent auf eine Anfrage, ob die SPD. für Hindenburg stimme, erklärte: „Wir sind in einer sehr schwierigen Lage. Hindenburg ist in diesem Falle das „kleinere Uebel".

Diese Aeußerungen gingen unter in stürmischen Zwischenrufen der sozialdemokratischen Arbeiter. Die empörten Arbeiter riefen: „Wir wählen Thälmann!"

Die Diskussionsredner rechneten scharf mit der Hindenburg-Politik der SPD. ab. Der Abteilungsvorsitzende erklärte, daß auf die Stimmen der Mitglieder oben nicht gehört werde. Diese Politik der Partei könne man nicht mehr verantworten.

Ein anderer Diskussionsredner trat für die Diktatur des Proletariats ein, von der in der SPD. nicht mehr die Rede sei.

In seinem Schlußwort entschuldigte sich Krotoschiner und erklärte, er habe in der Frage der Hindenburgwahl nicht seine Meinung wiedergegeben, sondern das, was Dr. Hertz auf der Referentenkonferenz der SPD. erklärt hätte. Diese Mitteilung löste einen erneuten Sturm der Empörung aus.

★

Die Vorgänge in der 39. Berliner Abteilung sind symptomatisch für die Einstellung der sozialdemokratischen Arbeiter. Die Bereitwilligkeit der SPD.-Führer, gemeinsam mit den Nazis für Hindenburg einzutreten, hat vielen sozialdemokratischen Arbeitern die Augen über die wahre Bedeutung der „Eisernen Front" geöffnet. Die „Eiserne Front" ist die Front für Hindenburg und Brüning, die Front der Notverordnungsdiktatur. Aber die sozialdemokratischen Arbeiter reihen sich in die rote Klassenfront unter Führung der Kommunistischen Partei ein.

Ständig neue Gold- und Devisenverluste bei der Reichsbank

Der neue Reichsbankausweis vom 23. Januar, gibt ein trostloses Spiegelbild von der ständigen Verschärfung der Wirtschaftskrise in Deutschland. Der Wechsel- und Effektenbestand der Bank ist um 202 Millionen Mark zurückgegangen — ein deutliches Zeichen für das weitere Einschrumpfen der Produktion.

Ebenso ist der Notenumlauf erneut um 190 Millionen Mark auf 4,2 Milliarden Mark gesunken. In den ersten drei Januarwochen hat demnach der Notenumlauf um rund eine Milliarde Mark abgenommen.

Auch die Bestände an Gold und Devisen sind erneut gesunken, und zwar um 13,4 Millionen Mark auf 1,1 Milliarden Mark. Da der Notenrückgang größer war als der Gold- und Devisenverlust, erhöhte sich die Notendeckung von 25,6 auf 26,4 Prozent.

SA. überfällt Postbeamte

Aufgeflogene „Hib"-Versammlung beim Postamt Neukölln

Zu einer von den Nazis für das Postamt Neukölln einberufenen Betriebsversammlung waren etwa 35 Postbeamte und 10 Arbeiter erschienen. Durch ihren Protest erzwangen sie den Abbruch des idiotischen Nazireferats. Die beiden kommunistischen Diskussionsredner ernteten stärksten Beifall der Postbeamten und Arbeiter.

Dadurch war die anwesende SA. so nervös geworden, daß sie, als ein politisch Unorganisierter beim Schlußwort forderte, der Nazireferent möge die Wahrheit sagen, diesen Zwischenrufer sofort angriff. Als ein anderer Kollege den angreifenden SA.-Mann zurückdrängen wollte, wurde ihm mit einem Totschläger ein schwerer Schlag über den Kopf versetzt, so daß das Blut in Strömen floß. Empört über diesen heimtückischen Angriff verließen die Beamten und Arbeiter geschlossen den Saal. Die eintreffende Polizei verhaftete den Nazischläger.

Herrschte schon über diesen feigen Ueberfall der Nazis große Empörung bei den Postbeamten, so steigerte sich diese noch gewaltig durch den völlig erlogenen Bericht im „Angriff". Dieser Bericht ist so erlogen, daß selbst die Nazis öffen von dem Lügen-Goebbels abrücken. Die Vorfälle haben allen Postbeamten die Notwendigkeit zur Schaffung eines Betriebsselbstschutzes gegen Naziüberfälle und zum Kampf gegen den Faschismus bewiesen.

Roter Wahlsieg in Hessen

Niederlage der vereinigten „Eisernen" und „Nationalen" Front

Frankfurt am Main, 26. Januar. Die Beigeordnetenwahl in Mörfelden (Hessen) wurde zu einem neuen gewaltigen Sieg der proletarischen Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei. Der rote Kandidat der Arbeiterklasse, Genosse Bitsch, erhielt 1304 Stimmen. Der gegnerische Kandidat, der gemeinsam von der „Eisernen" und „Nationalen" Front aufgestellt war, bekam nur 784 Stimmen.

Gegenüber den letzten Wahlen bedeutet dies Ergebnis einen weiteren Fortschritt der roten Klassenfront unter Führung der Kommunistischen Partei. Die Hindenburg-Front von Wels bis Hitler hat eine schwere Niederlage erlitten.

In drei Zeilen...

Im Kasseler Stadtparlament kam es zwischen den Nazis einerseits, den Kommunisten und Sozialdemokraten andererseits zu einem großen Krach. Nazis und Deutschnationale haben beschlossen, der nächsten Stadtverordnetensitzung fernzubleiben.

★

Der Preußische Pressedienst teilt mit, daß das von den Nazis zitierte Polizeifunktelegramm mit Anweisungen zur Bespitzelung der Nazis gefälscht sei.

★

In Oelmütz (Tschechoslowakei) kam es zu großen Arbeitslosendemonstrationen. Bei Zusammenstößen wurden neun Polizeibeamte verletzt.

Spiegel der bürgerlichen Presse

Wir werden in den nächsten Tagen unter der Rubrik „Spiegel der bürgerlichen Presse" eine Reihe von Aufsätzen über die Berliner bürgerliche Presse veröffentlichen. Wir werden an verschiedenen Tagen je eine der bürgerlichen Zeitungen hernehmen und sie mit dem Scheinwerfer der revolutionären kommunistischen Kritik beleuchten.

Wir werden zeigen, was diese Presse bietet, wie sie systematisch darauf hinarbeitet, die Gehirne der Arbeiter zu verkleistern und sie zu willenlosen Werkzeugen der kapitalistischen Gesellschaft zu machen. Wir werden zeigen, daß die „Rote Fahne" die einzige Tageszeitung ist, die die Interessen des revolutionären Proletariats vertritt, die dem revolutionären Arbeiter die Aufklärung bietet, die er im Kampf für seine Befreiung vom kapitalistischen Joch benötigt.

Wir machen unsere Leser schon heute auf diese Serie aufmerksam.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Alfred Fendrich, Berlin; für Anzeigenteil und Geschäftliche Mitteilungen Gustav Bode, Berlin. Druck und Verlag: Vereinigte Zeitungsverlage GmbH., Berlin, Kleine Alexanderstraße 28. Fernruf: Sammelnummer C 1 Berolina 5481.

Nummer 21 2. Beilage

Mittwoch, 27. Januar 1932

Kämpfende Arbeiterinnen

Bereitet den Reichskongreß werktätiger Frauen vor! — Wählt in den Betrieben Delegierte! — Lest die „Arbeiterin"!

Reformistische Betriebsrätin gestürzt

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

Bei der Holzfirma Franke u. Co., Berlin-Hohenschönhausen arbeiten überwiegend Frauen. Es ist uns gelungen, eine RGO.-Gruppe aus 23 Kolleginnen und Kollegen aufzubauen. Die Belegschaftsstärke beträgt 125 Personen. Am 13. Januar hatten wir eine Betriebsversammlung zusammenberufen, die gut besucht war und wo ein Kollege Betriebsrat von der RGO. über Lohnraub und Notverordnung und über die Mißstände im Betrieb sprach.

Die Zustände, die er geschildert hatte, sind wirklich grausig. Im Betrieb besteht kein Speiseraum; die Kollegen essen immer an ihren Speiseplätzen. Die Toilettenverhältnisse sind skandalös und mit der Waschgelegenheit stimmt es auch nicht. Die Wasserleitung ist nicht in Ordnung, das Wasser läuft immer aus dem Becken, infolgedessen müssen sich die Arbeiterinnen im Eimer waschen.

Die reformistische Betriebsrätin vom Deutschen Holzarbeiterverband war auch zugegen und wollte die Versammlung sprengen, was ihr aber nicht gelang. Ihr Spiel hat sie dann aber ganz verloren, als sie bei dem Referat dazwischenrief: „Was auf dem RGO.-Flugblatt steht, ist Schwindel". Besonders waren die Kollegen und Kolleginnen empört, als diese Dame dann erklärte: „Na, was wollt ihr denn? Der Chef hat doch auch nur zehn Prozent und nicht fünfzehn Prozent abgezogen!" Sie vergaß aber zu sagen, daß die Belegschaft schon vor der Notverordnung 10 Prozent Lohnabbau hatte, also somit ihr Lohn um 20 Prozent gesenkt wurde.

Die Belegschaft stellte sich voll und ganz auf den Boden der Ausführungen der RGO.-Redner, und als diese „Betriebsrätin" sah, daß sie voll und ganz das Vertrauen der Belegschaft verloren hatte, **legte sie ihre Funktion als Betriebsrätin nieder und verließ mit drei Kolleginnen den Raum mit der Bemerkung, die Versammlung sei geschlossen.**

Doch die übrigen Kolleginnen folgten ihr nicht. In guter Kampfstimmung wurde ein Wahlausschuß gebildet und drei rote Kandidaten aufgestellt. In dieser Versammlung wurden auch sechs Neuaufnahmen für die RGO. gemacht.

Welche Auswirkungen dieser Lohnabbau nach sich zieht, beweist, daß einige Arbeiterinnen bei der Knopfabteilung mit voller Arbeitszeit mit 2,50 Mark bis 3 Mark wöchentlich nach Hause gehen. Das bedeutet 12 Pfennig Stundenlohn. Aber unter der Führung der RGO. werden wir schon den Ausweg finden.

Arbeiterinnen schützen die „Rote Fahne"

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

Mitte Dezember erschien in der „Roten Fahne" eine Korrespondenz über die Firma Goedicke & Co., Teltow. Ein chemischer Betrieb, wo die ungeheure Antreiberei der Arbeiterinnen durch die Leiterin, ein Fräulein Neumann, geschildert und ihr unerhörtes Benehmen gegen die Arbeiterinnen angeprangert wurde.

Der Brief schlug wie eine Bombe ein, sämtliche Arbeiterinnen waren darüber sehr erfreut, eine riß der anderen die Zeitung aus den Händen und eine rege Diskussion entfaltete sich.

Fräulein Neumann mußte die große Wirkung sehen und hat eine große Staatsaktion eingeleitet, um die Wirkung dieser Korrespondenz einzudämmen. Am Freitag wurde sogar das laufende Band etwa dreiviertel Stunde stillgelegt, wobei die Arbeiterinnen einen Brief an die Direktion unterschreiben sollten, in dem von einem Schwindel der „Roten Fahne" die Rede war. Die größtenteils unorganisierten und parteilosen Arbeiterinnen haben einstimmig abgelehnt, diesen Brief zu unterschreiben.

Daraufhin wurde das laufende Band wieder in Gang gesetzt. Es hieß dann, daß diese Dreiviertelstunde eingeholt werden muß. Dabei ist eine Arbeiterin hingeschlagen und mußte in einen anderen Raum geschafft werden.

Am nächsten Tag sollte wieder ein anderer Brief aufgesetzt werden, worin sich alle Arbeiterinnen für den „nichterfolgten Lohnabbau" bedanken sollten (bei doppelten Leistungen und bei Schwerarbeit, die für Männer schwer wäre), außerdem, daß dem Sinne nach der Artikel der „Roten Fahne" nicht der Wahrheit entspräche. Dieser Brief soll angeblich mit einigen Unterschriften dem Direktor zugeleitet worden sein.

Dieses Beispiel zeigt auch, daß die Arbeiterinnen erwachen und sie werden und müssen den Weg, den die RGO. und KPD. zeigt, gehen und ihre Rechte erkämpfen.

Die Löhne bei Lorenz

Mahnung einer Lorenz-Arbeiterin

Infolge Hetztempos in fünf Tagen zwei Unfälle

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

Bei C. Lorenz, Tempelhof, hatte in der Woche vor Weihnachten eine Kollegin den fürstlichen Verdienst von 15.47 Mark bei einer Arbeitszeit von 45½ Stunde. Als dieser Kollegin gesagt wurde: „Warum gehst du nicht zu deinem roten Arbeiterrat? Der sorgt bestimmt dafür, daß du evtl. durch Lohnklage dein Geld erhältst", gab sie zur Antwort: „Dann werde ich entlassen und habe gar nichts." **Inzwischen ist diese Kollegin entlassen worden, trotzdem sie mit dem wenigen Geld nach Hause ging. Kolleginnen, wir sagen euch: Es ist nicht richtig, nur zu arbeiten und für den Unternehmer Profite herauszuschinden, sondern wir müssen unsere Lebensinteressen bis zum äußersten verteidigen.**

Ihr seht an diesem Beispiel, daß ihr auch aufs Straßenpflaster fliegt, wenn ihr ruhig seid. Es gibt bestimmt noch einen ganzen Teil Kolleginnen und Kollegen, die mit dem bißchen Geld nach Hause gehen, wenn der Akkordpreis nicht reicht, nur erfährt es niemand. Wacht aus eurem Winterschlaf auf, besucht die Betriebsversammlung und bringt eure Wünsche und Beschwerden vor, damit für Abänderung gesorgt wird. Organisiert euch im EVMB. und in der KPD., nur sie allein vertreten eure Interessen.

Schon einmal wies die „Rote Fahne" darauf hin, daß in Abteilung 14, Stanzerei, trotz des Protestes der Kollegen die Maschinenputzzeit abgebaut wurde. Die Betriebsleitung stellt sich auf den Standpunkt, daß die Zeit für das Säubern der Maschinen bei der Akkordarbeit herausgeholt werden muß. **Die Folge dieses verstärkten Hetztempos ist, daß sich in der Stanzerei innerhalb von fünf Tagen zwei Unfälle ereigneten. Kollegen der Stanzerei, übt passive Resistenz, bis euch eure Putzzeit wieder bewilligt wird. Soll doch die Betriebsleitung das Geld, daß sie auf Kosten eurer Knochen sparen will, den Herren Direktoren, z. B. Herrn Strinke, selbst abziehen. Einigkeit und Geschlossenheit wird euch zum Siege verhelfen.**

Die Brüll-Künstlerin

Die Löhne in der chemischen Industrie

(Arbeiterfrauenkorrespondenz)

Es ist an der Zeit, einen noch niemals in der Oeffentlichkeit angeprangerten Betrieb näher unter die Lupe zu nehmen. Es handelt sich um Schwarzkopf, Tempelhof, Alboinst-Fabrik (chemische Artikel). In diesem Betrieb ist die Ausbeutung der jungen Mädel grenzenlos. **In dem Betrieb werden zwei Schichten gearbeitet, der Wochenlohn einer Arbeiterin, je nach Alter differiert zwischen 12 bis 20 Mark. Wenn davon noch Fahrgeld abgezogen wird, so verbleiben 8 bis 15 Mark.**

Diese menschenunwürdigen Zustände sind nur möglich, weil die Schwarzkopfbelegschaft immer noch nicht erkannt hat, daß sie zur roten Einheitsfront stehen müssen, daß sie unter dem Banner der Kommunistischen Partei für bessere Lebensbedingungen kämpfen müssen. Die Belegschaft muß erkennen, daß ihre Berufsbetriebsräte, Reformisten und Nazis, gar nicht gewillt sind, für ihre Interessen einzutreten.

Eine besondere Marke von Antreiberin, die sich den Schwarzkopforden am goldenen Band schon verdient hat, ist die Vorarbeiterin Husemann. Diese Frau beschimpft und schikaniert die Arbeiterinnen, so daß ein Zusammenarbeiten zur Hölle wird.

Arbeiterinnen und Arbeiter, seht euch diese Antreiber und Antreiberinnen genau an, schließt euch zusammen in der RGO. und seid kampfbereit gegen die Ausbeuter und ihren Lakaien!

Berliner Arbeiterinnenhöllen

Arbeiterinnen in der Hitze ohnmächtig

Bratenduft in der Fabrik — Eine Fabrik ohne Sanitätsraum und Speisesaal — Schwere Männerarbeit für Frauen

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

Der Betrieb der Berliner Gasglühlicht AG. ist vorzüglich auf Frauenarbeit eingestellt. Natürlich glaubt der Unternehmer mit den Frauen Schindluder treiben zu können. **Vor einem Jahr hatte der Betrieb noch annähernd 200 Frauen beschäftigt. Durch ein ungeheures Antreibersystem ist es gelungen, die Belegschaft auf fast die Hälfte zu reduzieren. Der Abbau machte auch nicht vor den Angestellten halt.**

50 Grad Hitze

Nun werden wir uns mal den Betrieb etwas näher ansehen. Zum Beispiel die Brennerei. Hier herrscht im Sommer an den Brennmaschinen eine Hitze von 50 Grad. Natürlich haben die Kolleginnen sehr unter dieser Hitze zu leiden. Darum erhielten sie im Sommer eine Zitronen- oder Himbeerlimonade. Auch diese Vergünstigung ist im letzten Sommer abgebaut worden. **Wird jemand ohnmächtig, so ist natürlich auch kein Sanitätsraum da. Neulich bekam eine Kollegin Herzkrämpfe. Man schob nun einfach ein paar Kisten zusammen und darauf lag sie nun eine halbe Stunde.**

Nun ist die Bude umgezogen und hat sich vergrößert. An ein Sanitätszimmer hat man natürlich nicht gedacht. Auch gibt es keinen Speiseraum! Jeder hat an seinem Arbeitsplatz zu frühstücken. **Wird nun aber das Material dabei beschmutzt, so kommt die betreffende Arbeiterin dafür auf. Das heißt, sie muß es bezahlen. Was den Arbeiterinnen an Räumlichkeiten fehlt, hat der Chef um so mehr. Er besitzt ein Privat- und ein Empfangszimmer. Schwere Sessel, Bilder usw.**

Schwerarbeit und Lohnabbau

Eine ganz tolle Sache ist das Fensterputzen. Die Frauen werden gezwungen, im 3. und 4. Stockwerk große Fabrikfenster zu putzen. Wer sich weigert, wird natürlich entlassen. Was eigentlich eine Männerarbeit ist, müssen Frauen ausführen, indessen die Männer aussetzen müssen. Zum Transportieren von schweren Kisten ist auch eine Frau angestellt. Eigentlich wäre es Männerarbeit, da die Kisten groß und schwer sind.

Nun zu dem Lohnabbau. Dies ist ein sehr wichtiges Thema. Man blieb nicht bei den 15 Prozent stehen, sondern hat den Akkordarbeiterinnen 20 bis 30 Prozent abgezogen. Der Lohn bei den Akkordarbeiterinnen ist noch bedeutend unter den Stand von 1927 gesunken. Die Sache ist auch sehr einfach zu erklären. Wenn es in den vergangenen Jahren Zulage gab, so natürlich nur bei den Lohnarbeiterinnen. Die Akkordarbeiterinnen gingen stets leer aus. Außer bei der letzten Zulage. **Jetzt zog man den Akkordarbeiterinnen nicht nur 15 Prozent ab, sondern von diesem Lohn 20 bis 30 Prozent, so daß ihr Lohn zum Beispiel in der Abteilung Glätterei für 100 Körper im Jahre 1927 noch 78 Pf., während es nach dem Lohnabbau für 100 Körper noch ganze 67 Pfennig gibt. Dasselbe gilt auch für die Mundusstanze. Hier wurden schon vor dem 1. Januar die Akkordsätze gesenkt und jetzt natürlich noch einmal. So beträgt der Lohnabbau an der Mundusstanze 30 Prozent und darüber. Liefert aber die Arbeiterin einen schiefen Körper, so werden ihr aber gleich 3 Pfennig abgezogen. So ergibt sich das Bild, daß die Firma nur 1/7 Pf. zahlt, aber 3 Pfennig pro Stück abzieht.**

Liebliche Düfte

Als eine besondere Blüte soll das Fräulein Klump genannt werden, die sehr viel dazu beigetragen hat, daß der Lohnabbau so rigoros durchgeführt wurde. Außerdem betätigt sie sich als Aufpasser, der uns das Essen verbietet und dabei selbst mit vollem Munde herumläuft. **Da wir gerade vom Essen sprechen, so muß man auch noch folgendes erwähnen. Mitten im Betrieb befindet sich die Küche. Unter den Augen aller Arbeiterinnen stellt die „Gnädige" ihr bescheidenes Mittagessen (Huhn, Schleie, Schnitzel usw.) her. Den Arbeiterinnen steigen liebliche Düfte in die Nase, indessen sie trockenes Brot essen müssen.**

Natürlich gibt es auch keinen Betriebsrat. Wenn jemand sich als Betriebsrat aufstellen läßt, wird er sofort wegen Arbeitsmangel entlassen. Selbstverständlich hat der Herr Chef zwei Wagen und seine Villa im Grunewald. An Frauenarbeit ist immer noch verdient worden.

Nun, Kolleginnen, das geht so nicht weiter. Ihr müßt euch für einen Kampf organisieren und unter der Führung der RGO. für bessere Löhne kämpfen. Lest die „Rote Fahne", die euch unterstützt, und wählt Delegierte für den Reichskongreß der werktätigen Frauen.

Feuilleton der Roten Fahne

Nummer 21 / Beilage
Mittwoch, 27. Januar 1932

Dreimal Wohltätigkeit

Auf zum Presseball

Das gesellschaftliche Ereignis der Reichshauptstadt ist in jedem Januar der Presseball. Auch er hat die Preise gesenkt. Die Eintrittskarte kostet jetzt nur noch 25 Mark pro Mann und Nase. Frackzwang. Weinzwang. Es geht überhaupt mächtig gezwungen her. Da wird wieder mal für die Wohltätigkeit angestrengt getanzt. Und nächste Woche werden die illustrierten Zeitschriften wieder vor Bildern überfließen: „Frau Geheimrat X. sah man in einer einfachen weißen Seidenrobe mit Hermelin, während die Filmschauspielerin Y. ein kostbares schwarzes Spitzengebilde angelegt hatte." Alles für die Wohltätigkeit.

Goethe in der Kinderfürsorge

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Es handelt sich nicht um den alten Dichter, sondern um seine letzten Nachkommen. Die sitzen in Wien, sind arm — ja, das gibt's auch! — und müssen ihre Kinder öffentlich ernähren lassen. Ist das nicht eine Kulturschande im Zeichen des Goethejahres? Die Zeitungen regen sich mächtig auf, und bald wird man sammeln für den Wiener Goethe.

Wohlgemerkt: mit den Dichtungen hat der Wiener Goethe nicht direkt etwas zu tun. Er hat nur das Glück, ein direkter Nachkomme des Dichters zu sein. Dafür kann er nichts. Aber es wird sich trotzdem bezahlt machen.

Eßt kein Geflügel!

„. . . damit beenden wir die Tagesnachrichten. Eine Bitte, meine Damen und Herren, gedenken Sie der frierenden und hungernden Vögel! Berlin kommt nach kurzer Pause wieder. . ."

Wohltätigkeit für die Vögel am Radio. Na schön! In der Zeitung steht aber: „Eßt Geflügel!" Und kleine Schwalben sind eine Delikatesse für die ganz Reichen. Sollen diese Delikatessen von denen gemästet werden, die sich selbst nicht satt essen können? Was ist das für eine Provokation: die Menschen läßt man verhungern, die Vögel läßt man füttern!?

Diese Wohltätigkeit an den Vögeln ist eine rußige, runde Provokation aller frierenden und hungernden Menschen. Pebra.

Kartoffelsuppe à la Notverordnung

Eine Verkäuferin eines Einrichtungsgeschäfts in Berlin W schreibt der „Roten Fahne":

Gestern nachmittag rollte vor unserer Ladentür ein eleganter Mercedeswagen vor. Im kostbaren Pelzmantel entstieg ihm Frau Generaldirektor B., eine alte Kundin des Geschäfts. Wir fragten sie nach ihren Wünschen. Sie sagte, sie sei gezwungen, eine Gesellschaft zu geben. „Und es ist doch Pflicht jedes Deutschen, selbst am nötigsten zu sparen, nicht wahr? Deshalb setze ich meinen Gästen diesmal nur eine billige Kartoffelsuppe mit Würstchen vor." Das ist jetzt nämlich schick.

„Aber Kartoffelsuppe kann man nicht auf feinem Porzellan essen, nicht wahr? Ich habe nur Rosenthal. Leider! Und nun brauche ich Geschirr, von dem man Kartoffelsuppe essen kann . . ."

Sie kaufte einen Satz Bauerngeschirr, Bestecks, Servietten und sonstige „Kleinigkeiten". Die Rechnung betrug 400 (vierhundert) Mark. Tief befriedigt, als hätte sie das Problem der sechs Millionen Arbeitslosen gelöst, bezahlte sie die Kleinigkeit bar.

Das nennt man Sparsamkeit.

„Piraten des Vergnügens" ist der Titel des neuen Stücks der Truppe 1931, das ebenso wie „Die Mausefalle" in gemeinschaftlicher Arbeit der Kollektivmitglieder entsteht.

KUNST und Proletariat

Die Dinge, wie sie nicht sind

Von Albert Birkle konnte man wiederholt religiöse Gemälde mit christlich-sozialer Tendenz sehen — „groß" im (äußerlichen) Format. Jetzt rückt er bei Hartberg (Schöneberger Ufer 41) mit zwar nicht unbegabten, aber auch nicht sonderlich bedeutenden Landschaften und Porträts heraus. „Malen ist Träumen, ist ein schöpferisches Nichtstun, ist ein ganz sich Hingeben an die Dinge und eine Paraphrase über die Dinge (auf gut deutsch: eine Umschreibung der Dinge), wie sie nicht sind", meint er. Und malt Stimmungen der oberschlesischen Landschaft, statt der Wahrheit über die „Hunderte von Menschen, die dort tief unten im Schoße der Erde in kilometerlangen Schächten und Gräben in dumpfer Hitze unter unsäglichen Mühen und Gefahren verzweifelt ein kümmerliches Brot verdienen". An dem revolutionären Kampf der oberschlesischen Kumpels ging er bis jetzt achtlos vorbei.

Die Dinge, wie sie nicht sind, „schmücken" auch größtenteils die Bilder und graphischen Werke der Sonderaussteller im Haus der Jurytreien (Platz der Republik). Besonders gefährlich die romantische, artistisch qualifizierte, in der Auswirkung konterrevolutionäre Antigottlosenpropaganda von Willy Fries in einer Folge von 26 Holzschnitten: „Gottlose". Ihre Losung: Zurück aus der sündigen Großstadt zu Gott. Eine ganz raffinierte, „künstlerisch" verschleierte Brüning-Propaganda. Als Begleitung dazu läßt Mißtrilk de la Monda in „ungegenständlichen" Gemälden langweilige und nachempfundene Seelenvögel flattern. Ein „Surrealist", für den nur Träume gelten. Wilhelm Seelig hingegen erinnert sich in „humoristischen" Gemälden „gemütvoll" an seine vierjährige Soldatenzeit zurück. Bemerkenswerte Ansätze zur Gesellschaftskritik zeigen die sehr begabten Radierungen und Steindrucke von Gustav Dießl. Treffend und künstlerisch besonders stark eine Lithographie „Justizmord". Den Hang zur Phantasie wird Dießl noch zu überwinden haben. Dem Maler Robert Liebknecht steht die Eroberung der proletarischen Wirklichkeit nach bevor und auch das Abschütteln akademischer Fesseln im Handwerklichen.

Dur.

„Es lebe die Freiheit"

Das ist eine reichlich seltsame Freiheit, die Herr René Clair meint: Ein Fabrikbesitzer schenkt den Arbeitern seinen ganzen Betrieb und zieht mit fröhlichem Gesang als Wanderbursche von dannen. In Paris und am Kurfürstendamm gilt es jetzt als neueste Mode, das Lob der Armut zu singen. Es ist eine freche Lüge, wenn René Clair seinen Film „unpolitisch" nennt. Das Märchen vom Geld, das auch nicht glücklich macht, soll die Arbeiterschaft vom Kampf abhalten. Man serviert es uns in der letzten Zeit immer häufiger, mal sentimental und mal ironisch. Hier in diesem Film (Mozartsaal) wird die antiproletarische Tendenz noch unterstrichen, indem man zeigt, daß die Arbeiter, denen die Fabrik geschenkt wurde, nichts Besseres zu tun wissen, als zu angeln, zu tanzen und zu schlafen. Eine idyllische „Lösung" der kapitalistischen Krise, ein tendenziöser Schwindel, der allzu dumm und verlogen ist, um nicht von den Proleten als Provokation empfunden zu werden.

Nun ist seit Jahren das Gerücht im Umlauf, René Clair sei ein großer Künstler, der Erneuerer des Tonfilms usw. Sicherlich, der Mann hat Talent. Stellenweise verrät der Film, was René Clair leisten könnte, wenn er nicht feige und unentschieden an allen ernsten Fragen vorbeitänzeln würde. Wir können niemand als „großen Künstler" anerkennen, der sinn- und ausweglosen Blödsinn mit ein paar hübschen Einfällen garniert: René Clair ist bestenfalls ein geschickter Dekorateur. Kameraleute wie Wilfried Basse oder Joris Ivens, deren einfache, unbombastische Tatsachenberichte über Arbeitsvorgänge und dergleichen wir kürzlich in der „Kamera" sahen, sind uns hundertmal lieber als das raffinierte, anarchistisch verseuchte Kunstgewerbe der maßlos überschätzten Pariser Schule.

Zwei Worte bei dieser Gelegenheit über unsere grundsätzliche Einstellung zu den sogenannten „künstlerisch wertvollen" Spielfilmen der Bourgeoisie. Einige Kritiker proletarischer Zeitungen meinen noch immer, wir müßten Filme, wie z. B. „Mädchen in Uniform" oder die Erzeugnisse René Clairs, unterstützen, weil sie in ästhetischer Hinsicht „besser" sind als die Durchschnittsproduktion. Eine vollkommen falsche Ansicht! Alle diese Filme entsprechen einer bürgerlich-liberalen Geisteshaltung, für die es keine gesellschaftliche Basis mehr gibt. Wenn diese Sorte von Filmen kaum noch ein Publikum findet, so ist das nur in der Ordnung. Die Fronten sind heute ganz klar und eindeutig: hier wirklich revolutionäre Kunst, dort faschistischer Propagandakitsch. Ein Herumjonglieren zwischen diesen beiden Fronten ist ebenso lächerlich wie schädlich. Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Scheinrevolutionäre Kunst wirkt konterrevolutionär, weil sie dazu beiträgt, die Massen von endgültigen Entscheidungen abzulenken. Die liberalistisch-demokratisch-anarchistischen Mätzchen sogenannter „Avantgardisten" zu billigen und zu propagieren, heißt: eine „Politik des kleineren Uebels" treiben.

Heinz Luedecke.

Ein Soldat der Revolution

DAS LEBEN KARL LIEBKNECHTS

VON WILHELM SWIENTY

11. Fortsetzung

Copyright by Mopr-Verlag, Berlin (Rote Reihe, Heft 5).

Die Forderungen, die von der Spartakusgruppe schon in den ersten Tagen der Revolution zur Durchführung und Sicherung der sozialistischen Umwälzung gestellt wurden, waren weitschauend und zeigen gleichzeitig, daß der bewußte Klassenverrat der Sozialdemokratischen Partei von der Spartakusgruppe vom ersten Augenblick an durchschaut wurde. Entwaffnung der gesamten Polizei, Bewaffnung der Soldaten und Arbeiter, Uebernahme sämtlicher Behörden durch Vertrauensleute des Arbeiter- und Soldatenrates, Uebergabe von Waffen und Munition an den Arbeiter- und Soldatenrat, Bildung eines Reichs-Arbeiter- und Soldatenrates, der die gesamte Macht in die Hände bekommt. Bis zu dessen Zusammentritt hat der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat alle Befugnisse für das ganze Reich, das unter Aufhebung aller Dynastien und Landesgrenzen in eine einheitliche deutsche sozialistische Republik verwandelt werden soll.

Für Karl Liebknecht war damals eine Zeit, in der er geradezu übermenschliche Arbeit leistete. Die „Rote Fahne" hatte ihre Druckerei nach der Besetzung des „Lokal-Anzeigers" mit nosketreuem Militär in die Besselstraße verlegt. Der Rote Soldatenbund, dessen Gründung am 11. November erfolgt war, hatte sein Quartier in der Wilhelmstraße. Die Zentrale des Spartakusbundes, gegen die sich die Mordhetze der Sozialdemokraten und ihrer reaktionären Verbündeten hauptsächlich richtete, wurde von Ort zu Ort verlegt. Zwischen all diesen Zentralpunkten der Bewegung eilte Liebknecht, eilten seine Mitarbeiter hin und her. Oftmals schlief er für kurze Stunden in dem Redaktionsraum der „Roten Fahne", die mit den primitivsten Mitteln gesetzt und gedruckt werden mußte.

Am 6. Dezember wurde von den Anhängern der Ebertregierung der erste größere Zusammenstoß zwischen Spartakusanhängern und Noskesöldlingen provoziert. Am 24. Dezember, am „heiligen Abend", begannen von Ebert und Noske herbeigerufene weiße Truppen das von der roten Volksmarinedivision besetzte Schloß und den Marstall zu stürmen. Die Kämpfe dauerten während der Weihnachtsfeiertage fort. Bewaffnete Arbeiter aus den Betrieben waren den Matrosen zu Hilfe geeilt. Trotzdem fielen Schloß und Marstall.

Die Gründung der KPD.

Der Spartakusbund sah die drohende Gefahr und ließ durch seine Beauftragten, unter Ausnutzung der noch in den Händen revolutionärer Arbeiter- und Soldatenräte befindlichen Positionen Waffen an die Arbeiter der großen Betriebe verteilen. Der damalige Polizeipräsident Eichhorn, der mit seiner Sicherheitswehr das Polizeipräsidium besetzt hielt, tat sein Möglichstes, um Waffen und Munition an die Arbeiterschaft gelangen zu lassen. In dieser Zeit, wo ein entscheidender Kampf zwischen der revolutionären Arbeiterschaft und der von der SPD. geführten Konterrevolution rasch herannahte, trat der Spartakusbund zum Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei zusammen. Am 30. Dezember, vormittags 10 Uhr, versammelten sich über hundert Delegierte aus dem ganzen Reich im Festsaal des Berliner Abgeordnetenhauses zu einer öffentlichen Konferenz, nachdem vorher in einer geheimen Sitzung der Vertrauensleute auf Antrag von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die nunmehr auch äußere Trennung von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die ja tatsächlich schon längst erfolgt war, und die Gründung einer eigenen Partei beschlossen worden war.

Das Hauptreferat über „die Krisis in der USP." hielt Karl Liebknecht, der die Entwicklung dieser Pufferpartei charakterisierte: „Die USP. ist in vielen Beziehungen ein Gelegenheitsprodukt des Krieges. Sie enthielt von vornherein die verschiedenartigsten Elemente. Sie war zunächst parlamentarisches Produkt, entstanden aus der „Arbeitsgemeinschaft" im Reichstag. Erst nach eineinhalb Jahren gelang es endlich, die Mehrzahl der Fraktionsangehörigen auf eine bestimmte oppositionelle Basis zu bringen. Die Spaltung von den Regierungssozialisten erfolgte am 16. März 1916, aber ihr war vorausgegangen schon eine andere, eine prinzipielle Spaltung: der Ausschluß Liebknechts und Rühles aus der Fraktion. Die selbständige Konstituierung der Partei erfolgte erst 1917. Die Art des parlamentarischen Kampfes der USP. war keineswegs zielklare Klassenpolitik, sondern ständig hin- und herlavierend; sie hatte weder theoretisch klare Grundsätze, noch ein Aktionsprogramm. Sie konnte beides nicht haben, denn ein solcher Versuch hätte sofort zu einer Spaltung innerhalb der Partei geführt, deren rechter Flügel Revisionisten reinsten Wassers wie Bernstein bildeten. (Kann man die SAP. heute treffender schildern? D. Verf.)

(Fortsetzung folgt)

„Die Sowjetunion"

Ein großer Bucherfolg

Das Buch des Genossen Hermann Remmele „Die Sowjetunion" ist ein bisher nicht gekannter Erfolg in der ernsten revolutionären Literatur. Die erste Auslieferung von 6000 Exemplaren war in zwei Tagen vergriffen. Die zweite Auslieferung von 7000 Exemplaren war in den ersten Januartagen ausverkauft. Gegenwärtig erfolgt die Auslieferung des dritten Druckes in einer Auflage von 16 000 Exemplaren (14.—30. Tausend), von der aber auch bereits wieder 11 000 vorbestellt sind. Danach wurden von diesem Buch

in den ersten vier Wochen nach seinem Erscheinen 24 000 Exemplare umgesetzt,

bzw. im Buchhandel angefordert. Das ist ein Umsatz, wie er bisher für ein größeres Werk noch nicht zu verzeichnen war.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Buch nur an die Parteibuchhandlungen und Litvertriebe ausgeliefert wurde, da es wegen der zahlreichen Bestellungen in der Partei an den bürgerlichen Buchhandel nicht ausgeliefert werden konnte. Mit der jetzigen Auslieferung wird das Buch auch an den bürgerlichen Buchhandel gelangen und zweifellos auch dort große Beachtung finden.

Der zweite Band des Buches

an dem der Verfasser gegenwärtig noch arbeitet, wird mit dem gleich großen Interesse erwartet, wie das erste Buch aufgenommen wurde. Der zweite Band zeigt schon durch seine Inhaltsangabe, daß er nicht minder wichtige Gebiete umfaßt, als der erste. Beide Bände gehören zusammen und bilden ein einheitliches Buch. Nur der Umfang des Buches (600 Seiten) zwang dazu, es in zwei Bänden erscheinen zu lassen. Die Vorbestellungen auf den zweiten Band sind bereits so groß, daß er schon im ersten Druck in einer bedeutend größeren Auflage erscheint, als die erste Auslieferung des ersten Bandes. Die seitherigen Bezieher des ersten Bandes tun gut, bei ihrer Litstelle auch sofort den zweiten Band zu bestellen, damit sie ihn sofort bei der ersten Auslieferung erhalten, da wahrscheinlich auch diesmal wieder die Lieferungen rasch vergriffen sein werden. Die Lektüre des ersten Bandes bürgt dafür, daß jeder Bezieher des ersten Bandes auch den zweiten Band sofort bei seinem Erscheinen beziehen wird. Der zweite Band umfaßt ebenso wie der erste etwa 300 Seiten und kostet in Ganzleinen gebunden 2,85 Mark.

Das Remmele-Werk „Die Sowjetunion" ist mit seinem großen Absatz ein erstklassiges Standardwerk der aktuellen marxistisch-leninistischen Literatur geworden.

Sowjetspezialist gegen die „Meckerer" und „Enttäuschten"

„Tempo, Tempo! Rasende Nervenarbeit"

In Deutschland: Arbeiter bleiben oder Kapitalsknecht werden — In der Sowjetunion aber ..

Dieser Rußlandbrief eines deutschen Arbeiters, der „drüben" auf verantwortlichsten Posten gestellt ist, muß jeder deutsche Arbeiter zweimal lesen. Enthüllt er doch in glänzendster Weise den wahren Charakter vieler „Meckerer" und „Enttäuschten", die hier in Deutschland auf Rechnung der reaktionären Parteien herumreisen und die Sowjetunion „aus eigenem Erleben" verleumden.

Moskau, 18. Januar 1932.

Lieber Genosse H. und Frau!

Ich habe mir heute mit Zwang Zeit genommen, um einen Brief zu schreiben. Lieber Genosse, es wird dir unverständlich sein, wenn ich sage, zu wenig Zeit. Es ist aber so. Tempo, Tempo... zuletzt kommen persönliche Angelegenheiten. Jetzt willst du wissen, wie es mir geht usw. Nachdem ich meine Familie nach Charkow geholt hatte, waren große Wohnungsschwierigkeiten. Vier Wochen haben Natusch und ich auf Stühlen geschlafen. Nun, wir sind nicht gestorben, sondern hatten eine gute Wohnung bekommen. Ich war zum Betriebsleiter ernannt worden und bin auch in den Stadtrat gewählt worden. Außerdem habe ich in der Gewerkschaft gearbeitet und war Mitglied des Präsidiums der Ingenieur- und Technikersektion, außerdem Mitglied des wissenschaftlich-technischen Rates der Ukraine. Im Betrieb haben wir als Stoßarbeiter gearbeitet, kurz, wir fühlten uns als Pioniere und haben unsere Pflicht erfüllt.

Jetzt „Starj Inschener"

Dann bin ich nach Moskau zum Haupttrust gekommen, als Ingenieur für Projektion. Hier war für mich die schwerste Arbeit. Ich hatte in Deutschland öfter kleine Projekte gemacht. Aber hier muß ich Projekte machen, von denen nur ein einziges 1 Million Rubel kostet. Augenblicklich bearbeite ich zehn solcher Projekte. Die Schwierigkeit ist, ohne Kenntnis der russischen Produktion bestimmter Apparate usw. jedes Projekt bis ins kleinste zu konstruieren. Also rasende Nervenarbeit!

Dann bin ich Leiter der mechanischen Projektionsabteilung geworden. Jetzt „Starj Inschener", auf Deutsch soviel wie „Oberingenieur". Lieber Genosse, ich schreibe dies alles so einfach hin, ohne die ungeheuren Schwierigkeiten damit aufzuzeichnen. Ich arbeite außerdem noch an Rationalisierungsformen und Erfindungen. So z. B. kämpfe ich jetzt ein Jahr für die Verbesserung, welche für das Jahr 1931 etwa 40 Millionen Rubel einbringen muß. Das ZK. von der Arbeiter- und Bauerninspektion wird das letzte Urteil geben. Leider werde ich dabei nicht gut abschneiden, da sich andere Ingenieure ebenfalls damit beschäftigen und den Vorteil der Sprachkenntnisse voraus haben, obwohl sie früher Gegner waren. Es muß erst ein Arbeiter kommen und beweisen, daß das bisherige System schlecht und ökonomisch unrentabel ist, ehe man die Linie der Partei konsequent durchführt. Nun, dies sind die Schwierigkeiten jeden Aufbaus, auch eine Art Klassenkampf. Ausländer werden ja immer etwas mißtrauisch betrachtet. Dessenungeachtet beweist doch gerade meine Entwicklung, wie ein Arbeiter „emporsteigen" kann.

Wo man hingestellt wird, muß man arbeiten

Hätte ich solchen Weg in Deutschland gehen können? Nein! Obwohl ich früher Schule besucht habe, abends weitergelernt habe, mußte ich immer Arbeiter bleiben, obwohl es eine große Ehre ist, „Arbeiter" zu sein, da ich sonst Verräter an meinen Kollegen werden mußte oder ein ausgesprochener Kapitalsknecht. Nun, ich glaube, wer Kaiser (der Name des Briefschreibers) kennt, weiß, daß dies nie der Fall sein würde. Ich glaube, mein Weg ist ein klassisches Beispiel, was der Kommunismus für den Arbeiter bedeutet. Gewiß ist auch als Ursache in Betracht zu ziehen, daß ein großer Mangel an Ingenieuren besteht. Egoismus hat mir völlig ferngelegen. Ich habe mich mit Händen und Füßen gegen solche Position gesträubt, da ich mehr Wert auf Praxis als auf Theorie lege und ich in der Praxis auch die größere Erfahrung habe. Doch wo man hingestellt wird, muß man als Genosse arbeiten!

Hier ist kein Paradies, aber . . .

Der Wohnungsmangel ist auch eine Ursache, weshalb ausländische Arbeiter nicht in der Zahl aufgenommen werden, wie es notwendig wäre. Verschiedene „Arbeiter" gehen zurück nach Deutschland, weil der süße Traum zerstört ist, „anzugeben" und sich als Menschen „besserer Herkunft" zu bezeichnen. In Deutschland werden dann die größten Räubermomane erzählt. Nun, es sind meistens diejenigen, die früher schon Parasiten waren, die glaubten, daß nun auch alles nach ihrem Kopf durchgeführt würde, die aber zu feige waren, für ihre Vorschläge zu kämpfen. Der ausländische Arbeiter hat nichts zu klagen, abgesehen davon, wenn er zu lange auf Wohnung warten muß oder über verschiedene Formen der schlechten Ausnutzung. Es soll sich ja keiner einbilden, hier ist schon ein Paradies. Der Sozialismus wird erst gebaut! Die ersten Formen sind vorhanden. Die Entwicklung geht rasend schnell. Fehler sind vorhanden, sie werden aber selten absichtlich gemacht, sondern meist durch falsche Beurteilung oder schlechte Organisation. Wir wissen ja selbst, wo nichts getan wird, können auch keine Fehler bestehen, eine primitive Weisheit! Hier wird wirklich alles nur für den Arbeiter getan. Er kontrolliert ja auch durch seine Organe und Partei den gesamten politischen und ökonomischen Prozeß.

Wie sie manchmal „meckern"

Ich habe oft erlebt, über was gemeckert wird. Man schüttelt den Kopf und wird wütend. Nur ein Beispiel: Im Hotel abends wird Tanzmusik gegeben für — Ausländer! Die Kapelle spielt, der Tanz ist zu Ende, die Gäste verlangen „weiterspielen". Die Kapelle reagiert nicht sofort darauf und schon Kritik wie „faules Volk". Du kannst sicher sein, lieber Genosse Heckert, wäre dieser Fall in Deutschland, ich hätte mit diesen Herren „Spezialisten" ein proletarisches Wort gesprochen. Aber auch Arbeiter gibt es, welche eine eigenartige Rasse spielen, z. B. ein Fräser. Drei Jahre Zirkusartist, drei Jahre praktisch gearbeitet. Seine Frau verlangt die Hälfte von seinem Gehalt (180 Rubel) = 90 Rubel also 180 Mark in Valuta zur Ueberweisung auf eine deutsche Bank. Zweitens: die Frau, proletarischer Abstammung, Typ „Halbweltdame", verlangt von der Fabriksleitung ein Auto, damit sie ihre Lebensmittel einkaufen kann, in der Straßenbahn fährt sie nicht, da diese zu voll ist. Die Direktion stellt tatsächlich eine Autotaxe zur Verfügung!!! Es ist kein Scherz, sondern ich kann es durch Zeugen beweisen. Diesem Knaben habe ich aber das Handwerk gelegt. Nach Deutschland zurückgekehrt (Württemberg) schreibt der Kerl große Artikel für die Presse, wie schlecht es in Rußland ist, wie elend die Menschen hier leben usw., usw. Hier schreibt er noch ein „Dankschreiben" für die freundliche Aufnahme usw. Dabei hat er das Eigentum der Fabrik, gute Bett- und Tischwäsche an Spekulanten verkauft.

Begreifst du nun, lieber Genosse, weshalb öfters feindliche Stimmung gegen Ausländer aufkommen? Wie denken die deutschen Arbeiter darüber? Ich verzweifle öfters an solchen Sachen. Ueberhaupt besteht bei vielen Spezialisten die Frage „Valuta"! Ich stehe auf dem Standpunkt, allen ohne Ausnahme die Valuta zu streichen und nur Valuta für Urlaub zu gewähren, falls der Ausländer notwendig seinen Urlaub im Ausland verbringen muß. Du sollst diese Brüder reden hören, jeder will nach Beendigung seines Vertrages einen „kleinen Laden" eröffnen. Feine „Ideologie" was?

Nur ehrliche Mitarbeiter willkommen

Nun, auch diese Sorte Spezialisten wird keinen Boden mehr haben. Ich kann nur jedem ehrlichen Arbeiter sagen, der nach Rußland gehen will:

Prüfe dich, ob du auch den ehrlichen Willen hast, als Prolet Schulter an Schulter mit den russischen Genossen an der roten Front der Arbeit zu kämpfen und nicht vor den Schwierigkeiten zurückschreckst! Deine Pflichten erfüllst du hier nicht mit Phrasen, sondern mit Taten! Und dies erfordert ein Kämpferherz! Schwer, sehr schwer ist es für uns Deutsche, ein richtiger Bolschewik zu werden. . .

Für heute herzliche proletarische Grüße

Ewald, Anny und Helga.

NB. Rummel ist nach Südamerika und will Sklave werden. Dieser Dummkopf!. Was sagst Du dazu? Antworte bitte bald. Grüße alle Genossen.

Vulkanausbrüche und Erdbeben in Guatemala

In der mittelamerikanischen Republik Guatemala traten die beiden Vulkane Fuego und Acatenango (im Hintergrund) plötzlich in Tätigkeit. Mehrere Ortschaften, so auch das hier abgebildete Antigua, wurden völlig zerstört. Auch große Kaffeeplantagen wurden vernichtet. Die Erdstöße waren so stark, daß sie sogar noch in der benachbarten Republik San Salvador verspürt wurden, der Aschenregen soll über 200 Kilometer weit fortgetragen worden sein.

Furchtbarer Ausgang eines ländlichen Erbschaftsstreites

Dreifacher Mord vor Gericht

Familie seines Bruders getötet — Mutter der Beihilfe angeklagt

Weiden, 26. Januar. Am Morgen des 18. Juli wurden in der Bierwirtschaft Schieder in dem in der Nähe von Neustadt a. d. W. gelegenen Dorf Wendersreuth der 33jährige Gastwirt Andreas Schieder und seine Ehefrau Lina Schieder ermordet und das zweijährige Kind der Eheleute schwer verletzt aufgefunden. Die Schädel der beiden Opfer waren vollkommen zertrümmert. Außerdem wiesen die Leichen am ganzen Körper schreckliche Wunden auf. Das zweijährige Kind, dem die Schädeldecke eingeschlagen war, wurde in bewußtlosem Zustand in ein Krankenhaus gebracht, wo es nach fünf Tagen starb.

Unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft wurde der Bruder des Ermordeten verhaftet und ins Landgerichtsgefängnis Weiden eingeliefert. Im Verdacht, die Mordwerkzeuge versteckt und an ihren späteren Fundort gebracht zu haben, steht die 72jährige Mutter des Ermordeten, Anna Schieder. Gegen den Angeklagten Felix Schieder, der nach wie vor die Tat in Abrede stellt, sprechen die Umstände, daß er mit seinem Bruder und dessen Frau in Feindschaft lebte, weil diesem als jüngsten das elterliche Anwesen überschrieben wurde.

Außerdem sollen sich unter den Fingernägeln und an verschiedenen Kleidungsstücken des Angeklagten Spuren von Menschenblut befunden haben. Die Mutter soll auf ihre Schwiegertochter schlecht zu sprechen gewesen sein und soll unter dem Einfluß der Furcht vor ihrem Sohn Felix diesem ihre Unterstützung bei der Tat zugesagt haben. Auch sie leugnet bis jetzt die Tat.

Mit diesem Fall wird sich das Schwurgericht Weiden in mehrtägiger Verhandlung am 27. Januar zu beschäftigen haben.

Englische Mordgrube fordert elf Todesopfer

Zwei Kumpels noch verschüttet

London, 26. Januar. Durch eine schwere Grubenexplosion, die sich in den Abendstunden des Montag auf der Llynypia-Grube im Rhondda-Tal in Südwales ereignete, wurden elf Mann getötet, zwei Mann sind noch in der Grube eingeschlossen. Es besteht wenig Hoffnung, daß man sie noch am Leben auffinden wird.

Die Explosion, deren Ursache angeblich bisher noch nicht bekannt ist, wurde meilenweit gehört. Den Rettungsmannschaften gelang es nach mühseliger Arbeit 17 Bergleute zu bergen. Vier von ihnen starben, kurz nachdem man sie an die Oberfläche gebracht hatte.

Vier Kinder vergiftet

Kuchen gegessen, der Rattengift enthielt

Neuyork, 26. Januar. In Fresno im Staate Kalifornien haben 13 Mexikaner, ohne es zu wissen, Kuchen gegessen, die Rattengift enthielten. Vier Kinder sind daraufhin an Thalliumvergiftung gestorben. Man befürchtet, daß auch die erkrankten neun Erwachsenen nicht mit dem Leben davonkommen werden.

Funkprogramm

Mittwoch, 27. Januar. Berlin. 6.30 Uhr: Gymnastik. Anschließend: Konzert. — 9 Uhr: Schulfunk: Hörbericht aus dem Paketpostamt N 5. — 14 Uhr: Schallplatten. — 15.40 Uhr: Krankheit und soziale Lage. — 16.05 Uhr: Aktuelle Abteilung. — 16.30 Uhr: Unterhaltungsmusik. — 17.30 Uhr: Die 7. Grüne Woche. — 17.55 Uhr: Musikalische Jugendstunde — 18.15 Uhr: Reimeyer liest eigene Prosa. — 18.45 Uhr: Die Funkstunde teilt mit. — 18.50 Uhr: Stimme zum Tag. — 19 Uhr: Unterhaltungsmusik. — 20.30 Uhr: „Napoleon" Drama von Grabbe. — 22.30 Uhr: Wetter, Presse. — Danach bis 0.30 Uhr: Tanzmusik.

Königswusterhausen. 9 Uhr: Siehe Berlin. — 9.35 Uhr: Lehrgang über Bienenzucht. — 18.30 Uhr: Deutsche Not, deutsche Hoffnung. — 19 Uhr: Beamtenfunks. — 19.30 Uhr: Weltpolitische Stunde. — 20 Uhr: Volksmusik aus München. — 20.40 Uhr: Aus der Hochschule für Musik: Zeitgenössische Tanzlieder. — 21.10 Uhr: Megarstunde aus Leipzig. — 22.10 Uhr: Politische Zeitungsschau. — Anschl.: Wetter, Presse. — Danach siehe Berlin.

BEKANNTMACHUNG

Für den Gasverbrauch, der von der laufenden Standaufnahme im Januar 1932 ab stattfindet und der durch gewöhnliche Gasmesser festgestellt wird, werden auf unsern Grundpreis von 19 Pf. bis auf weiteres nachstehende Rabatte gewährt:

das	1.—50.	Kubikmeter je 19 Rpf.	— 12	Proz.	Rabatt	= 16,7	Rpf
„	51.—100.	„ „ 19	„ — 15	„	„	= 16,15	„
„	101.—400.	„ „ 19	„ — 20	„	„	= 15,2	„
„	401.—1000.	„ „ 19	„ — 24	„	„	= 14,44	„
„	1001.—2000.	„ „ 19	„ — 28	„	„	= 13,68	„
„	2001.—4000.	„ „ 19	„ — 32	„	„	= 12,92	„
„	4001.—8000.	„ „ 19	„ — 36	„	„	= 12,16	„
„	8001.—16000.	„ „ 19	„ — 40	„	„	= 11,4	„
„	16001. u. d. folgenden	„ „ 19	„ — 44	„	„	= 10,64	„

Vom jeweiligen Monatsverbrauch, d. i. der Verbrauch von der laufenden Standaufnahme des einen Monats bis zu derjenigen des nächsten Monats, kosten:

Der Preis für das zur Raumheizung mittels Gasheizöfen verwendete Gas beträgt je Kubikmeter 10 Pf.

Die monatliche Münzgasmessermiete wird vom 1. Februar ab für den fünfflammigen Münzgasmesser auf 20 Pf. herabgesetzt.

Die sonstigen Bestimmungen unserer Bekanntmachungen vom 10. Oktober 1924 und 21. November 1929 bleiben bestehen.

Berlin, den 27. Januar 1932.

Gasbetriebsgesellschaft
Aktiengesellschaft

Das Chlorodont-Mundwasser ist hochkonzentriert und von herrlich erfrischendem Pfefferminzgeschmack, Flasche 1 Mark, wie die berühmte Chlorodont-Zahnpaste. Unter-Vorkriegspreise. Versuch überzeugt.

Unsere Rote Versammlungsfront

Feiseneck — Klemke-Aufgebot — Rote Einheitsfront

Massenversammlungen gegen den nationalsozialistischen Mordterror

Der Kampfbund gegen den Faschismus ruft

Mittwoch, den 27. Januar, 20 Uhr.

Bezirk Nord: Thiemes-Festsäle, Reinickendorf-Ost, Kastanienwäldchen.
Bezirk Zentrum: Sophiensäle, Sophienstraße.
Bezirk Südost: Hohenstaufensäle, Kottbuss. Damm 76.

Donnerstag, den 28. Januar, 20 Uhr.

Bezirk Nord: Müllers Festsäle, Reinickendorf-West, Scharnweberstraße 14.

Freitag, den 29. Januar, 20 Uhr.

Bezirk Nordost: Ledigenheim, Pappelallee 15.
Bezirk Südwest: Johann-Georg-Säle, Berlin-Steglitz, Johann-Georg-Straße 19. Referent: Heinz Pol.

Heraus mit Scheringer!

Kundgebung des **Scheringer-Komitees heute, den 27. Januar 1932, 20 Uhr, in den Spichernsälen, Spichernstr. 3,** am Nürnberger Platz. Es sprechen sämtliche Mitglieder des Komitees: **Bruno v. Salomon, Axel Eggebrecht, Lion Feuchtwanger, Ernst Glaeser, Verteidiger Scheringers, R.-A. Gerhard Obuch, Ludwig Renn, Alexander Graf Stenbock-Fermor, Frank Thieß, Oberleutnant a. D. Hans Wendt, Friedrich Wolf. Eintritt 40 Pf., Erwerbslose 20 Pf.**

Was will Hitler mit der Juden- und Arbeiterhetze?

Heute, den 27. Januar, 20 Uhr, in den Pharussälen, Müllerstraße 142. Es sprechen: Redakteur **Albert Norden** und der Schriftsteller **Leschnitzer.** Eintritt 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf.

Was wollen Brüning, Wels, Hitler?

Heute, den 27. Januar 1932, 20 Uhr, findet im **Luisenstädtischen Klubhaus,** Annenstr. 16, eine öffentliche Kundgebung statt. Eintritt frei.

Jungerwerbslosen-Funktionäre

Heute, den 27. Januar 1932, 16 Uhr, findet im großen Saal der RGO., Münzstraße 24, **eine Groß-Berliner Jungerwerbslosen-Funktionäsitzung** mit allen proletarischen Massenorganisationen, dem KJV. und Vertretern der Betriebe statt. Es spricht dort der Genosse Arthur Becker von der Reichsjugend RGO. über die nächsten Aufgaben in der Jungerwerbslosenbewegung.

Die Erziehung der Erzieher

Heute, den 27. Januar, um 20 Uhr, veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft marxistischer Sozialarbeiter in Haverlands Festsälen ihren 3. Vortragsabend. Manes Sperber spricht über „Die Erziehung der Erzieher — ein soziales Problem!" Unkostenbeitrag 40 Pf., Schüler und Erwerbslose 20 Pf.

LLL-Kundgebungen

Betriebe

Freitag, den 29. Januar

Lankwitz: Betriebe Kämmerei, Steglitz, Telefon Berliner, Krankenhaus Lankwitz und Veritas, Lichterfelde, 19.30 Uhr in Lankwitz, **Lehmanns Festsäle.** Referent: **Theo Beutling.**

RGO.-Jugend

Sonnabend, den 30. Januar

Ost: Im Lokal **Neumann,** Schreiner-, Ecke Samariterstraße. Unkostenbeitrag 10 Pf.

Lenin an die Jugend

Heraus zu den Massenkundgebungen der werktätigen Jugend Berlins am **Donnerstag, dem 28. Januar 1932,** 19.30 Uhr, in **Kliems Festsälen, Hasenheide und Pharussälen,** Müllerstraße.

Es sprechen: **Walter Ulbricht, MdR., Helmut Remmele, KJVD. Berlin-Brandenburg.**

Massenversammlung gegen Hakenkreuzterror!

Heraus mit den verhafteten Laubenkolonisten!

Freitag, den 29. Januar, in den Unions-Festsälen, Neukölln, Hasenheide, abends 7½ Uhr. Genosse Albert Norden spricht.

Große öffentliche Kundgebung

Freitag, den 29. Januar, um 19.30 Uhr, in den **Sophiensälen,** Sophienstr. 17/18. **Gegen Fürsorge- und Rentenabbau, gegen weitere Kürzung der Wohlfahrtsrichtsätze.** Alle Invaliden- und Unfallrentner, Kriegsopfer und Wohlfahrtsempfänger erscheinen in Massen.

Es sprechen: **Hugo Gräf, M. d. R., Dr. Wilhelm Swienty, Paul Gehlmann, Stadtverordneter.**

UNSERE TOTEN

Am 23. Januar verstarb unser langjähriger Variet- und Rote-Hilfe-Funktionär, sowie Mitbegründer des Arbeiter-Schützen-Bundes, der Schlosser

Otto Kelm

Lichtenrader Straße 32, im Alter von 68 Jahren. Die Einäscherung findet am Donnerstagabend, dem 28. Januar, um 6½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt. Antreten mit Fahnen. Um vollzählige Beteiligung ersucht

KPD., UB. Süd; Rote Hilfe; Arbeiter-Schützen-Bund, Ortsgr. Neukölln.

★

Nachruf

Am 16. Dezember 1931 starb in Stalingrad unser Genosse Willi Zieg, Mitglied der KPD., Bezirk Wedding, früher wohnhaft Tegeler Straße, letzte Arbeitsstelle in Berlin: AEG. Turbine. Genosse Zieg war seit 1924 Mitglied der KPD., die, ebenso wie die Fraktion der ausländischen Arbeiter Stalingrads, in ihm einen der ehrlichsten Bolschewisten verliert. Genosse Zieg hat bis zur letzten Stunde seines Lebens alle seine Kräfte für den sozialistischen Aufbau eingesetzt. Seine Arbeit werden wir mit dem gleichen Eifer und eisernen Willen fortsetzen.

Die Fraktion der ausländischen Arbeiter Stalingrads.

VOLKSBÜHNE
THEATER AM BÜLOWPLATZ
8 Uhr
Der Gefangene
mit **Albert Bassermann**

Kleines Theater
Unter den Linden 44 - Merkur 1824
Truppe 1931
Das Gastspiel ist verlängert
Täglich 8,15
Die Mausefalle
Musikalische Revue
Preise: 0.75 bis 5.— Mark
Sonntags 4 Uhr halbe Preise

PLAZA
Tägl. 5 u. 8½ Uhr
Sígs. 2, 5, 8½ Uhr
Die Toni aus Wien

Casinotheater
8¼ abends
Lothringer Str. 37
Nur bis 29. Januar
Was man aus Liebe tut
Sonnabend, den 30.1. zum ersten Male
Ehen von heute
Ges. sch. 1—4 Preise Park 0.70, Fauteuil 1.— Sessel 1.50

Unterricht
Autoführer-
1 Motorradkurse, Ratenzahlung, Ingenieur Otto Kraschewski, jetzt nur Köpenicker Straße 116. Jannowitz 1639. Freiprospekt.

Möbel
Herrenzimmer
290. Kamerling, Kastanienallee 56, Ecke Fehrbelliner Straße.

Büromaschinen
Vervielfältigungs-Apparate
Dauerschablonen, Abzugpapiere, Farbe. Sämtlicher Büro-bedarf, Heftmaschinen. Kartothekeinrichtungen Fritz Werten, Berlin S 14, Annenstraße 2. Fernruf Jannowitz 3205

Lebensmittel
Konfitüren Kolonialwaren
billigst und gut! Mittwoch und Donnerstag gebe ich beim Einkauf von 2.50 M. ein Pak. Schokoladenkuchen gratis. Außerdem diese Woche auf 1 Pfd. Delikateß-Margarine zu 98 Pfg. eine große Käseglocke als Werbereklame. Helmut Berlin, Spandau, Lutherplatz, Ecke Jagowstraße.

Räucherwaren und Lebensmittel billig und gut bei Detharn, Waldstraße 23.

Herrenkleidung
Wenig getragene fast neue Herrenmaßsachen zu fabelhaft billigen Preisen Anzüge, Taillenmantel Paletots Frack-, Smoking- und Gehrockanzüge, Hosen [illegible] in neuer Garderobe Weitester Weg lohnend Lothringer Straße 56, 1 Treppe Rosenthaler Platz

Vermischtes
Holz- und Kohlenhandlung
Georg Gnewikow Spandau, Falkenhagener Str. 1, Ecke Ackerstraße.

Baldurs Volksvarieté
jeden Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag das Meisterschaftsprogramm Volkstüml. Preise (30 und 50 Pf.) Beginn 8½ Uhr. Spandau, Schönwalder Str. 80.

Fahrzeuge
Handwagen
Pferdewagen, Plattenwagen, Laubenöfen, Türen, Fenster, 1-Tonner-Lastwagen verkauft Bredow, Gerichtstraße 48 neben der Post.

E Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte, Beamte und Hausfrauen

Spandau

Radio-Vertriebsges. m. b. H. **W. Buchholz** Breite Straße 14
Apparate, Zubehör. Teilzahlung 6, 9, 12 Mon. — Anodenbatterien, 100 Volt, 4.50, 5.30, 8.—. Akkus 5.75, 7.45. Reparaturwerkstatt Breite Str. 14 — C 7 5366
45705

Spandaus größtes Farbenhaus E. KUNOW
Verkauf: Klosterstraße 6—7 :: Telephon 1486
Lagerhaus: Borkumer Straße :: Telephon 57
Zement — Kalk — Dachpappen — Teer — Karbolineum
45355

Rind- u. Schweineschlächterei **Ernst Christ,** Lynarstr. 37
45585

Möbel Max Rosenheimer
Potsdamer Str. 31/32. Passage
45588 Zahlungserleichterung

Schnellspeisehaus Ruten
Spandau, Mönchstraße 4
Guter Mittagstisch Portion v. 35 Pf an
geöffnet von 10—7 Uhr abends
45589

MÖBEL-ZIEHE
Zimmerstr. 3
— preiswert — billig —
45586

Bäckerei und Konditorei **FRITZ KUSCHKE**
Breite Str. 39
45556

Restaurant am Hafenplatz
Verkehrslokal der Arbeiter Spandaus
Neuendorfer Straße 103
45590

LEIHBÜCHEREI
Schönwalder Straße 95—97
45567 Jeder Band ohne Pfand

45563 **SPORT-BOCHOW**
früher Sporthaus Berg, Breite Str. 43

Ernst Hubert
Holz- und Kohlenhandlung
45569 Charlottenstr. 23

Anoden hochwertig, 100 Volt 4,50 M. — Moderne Radionetzempfänger Neuendorfer Str 17
45571

Heinr. Tuchscherer Kurstr. 4
Tel. C 7, 1219. Autofuhrpark Möbeltransporte und moderne Fuhren
45572

Kolonialwarengeschäft Max Stahlberg, Mittelstr. 18
45395

Leihbücherei Lynarstr. 25
Jedes Buch leihweise ohne Pfand von 10 Pf. an

Elsbeth Walter
Kolonialwaren und Seifen
45574 Blumenstr. 1

Radio-Bauer
Schönwalder Str. 82
45566

45405 Kolonialwaren, Lebensmittel
Elisabeth Schön
Neuendorfer Ecke Lynarstraße

⚒ **Walter Flemming** ⚒
45406 Lynarstr. 41
Holz- und Kohlenhandlung

45404 Kauft eure Lebensmittel Delikatessen und Spirituosen bei
EMMA PAUL
Jüdenstraße Ecke Moritzstraße

Betten-Deutsch
Klosterstr. 32, Schönwalder Str. 27
immer gut und billig!
45568

Fritz Ebell, Jagowstr. 12
45398 Schuhmacherei
Wohlfahrtsscheine werden angenommen

Burghausen
Potsdamer Str. 8
Hüte, Herrenartikel, Mützen
45573

Lebensmittel — Delikatessen
45397 Räucherwaren bei
Anni Wendt, Jagowstr. 22

Arbeiter, kauft eure **Lebensmittel** bei
45575 **Friedrich Zilian**
Fehrbelliner Str. 27

Räucherwaren — Seefische Salate — Sardinen etc.
Ernst Krause und Frau
45711 Moltkestr. 47 u. Lynarstr. 36

Erich Patsch, Jagowstr. 12
Bäckerei und Konditorei
45400

Groß-Berlin

BUTTERHANDLUNG „HANSA"
44641 Filialen in allen Stadtteilen

Kurbad Ostend Boxhagener Straße 17 u. Warschauer Straße
45524 Bäder jeder Art. — Lieferant der Krankenkassen

Zentrum

„Berolina-Festsäle"
allen Organisationen für Versammlungen und Vergnügungen bestens empfohlen
3 Festsäle — Oeffentlicher Tanz
Schönhauser Allee 28
45577

Genossen, kauft eure Zigaretten
45579 und Zigarren bei
Haase, Kaiser-Wilhelm-Str. 26a

Reserviert 300
45545

Kölnisches Bad, sämtl Krankenkassen, alle medizinischen Bäder, Lichtbäder
45550

Nur Oldin-Kohlenanzünder verlangen 45297

45535 **Wo ißt man? gut und billig! Münzklause** Robert Flick Münzstr. 18

Lichterfelde-West

Otto Richter
4558 Motor- und Fahrräder
Steglitzer Str. 19, Tel. G 6, 1032

Holz- und Kohlenhandlung
Albert Spengler vorm. W. Bunk
45553 Hindenburgdamm 39

Restaurant Alte Dorfklause
Dürerstr. 41. Inh.: Fritz Volker
45554 hält sich empfohlen

Lankwitz

Wilhelm Frank
Restaurant zur Grünen Linde
Hauptstr. 5. Tel. G 3, 0817
Festsäle, Vereinszimmer, Garten
45552 Verbandskegelbahn

Restaurant zur Sonne, Mühlenstr. 29
empf. sein Lokal für Sportler
45551 Speisen und Getränke

Spandau

TABAKWAREN
Alfred Mouradian
45704 Brückenstraße 8

Fahrräder 45 Mark
Reparaturen schnell und billig
45709 Adolf Zimmermann
Heidestr. 25, Ecke Schönwalder Str.

Gerhard Deumeland
Wollwaren — Strickerei
45710 Neuendorfer Straße 9

Der billige Schuhladen
Spandau, Charlottenstr. 20
Herren-, Damen- und Kinderschuhe Billigste Preise f. gute Qualität
45701

Diekmann & Co.
Spezialhaus für Herren- und Knabenkleidung
Breite Str 37, Ecke Berliner Str.
45401

Max Rhinow PotsdamerStr. 13/14
45712 Lederwaren — Sattlerei

Drogen - Farben - Photo
Schönwalder Str. 37, Ecke Neue Bergstr.
45348

Wollhaus E. Schmidt, Schönwalder Str. 106 und 9, Filiale: Pichelsdorfer Str. 5, Tel.: C 7, Spandau 1156 Strickkleidung, Wolle Handarbeiten
45319

Elektro, Radio, Elektrische Anlagen
45350 **Arthur Gens**
Schönwalder Str. 19, Tel.: C 7 3597

Lebensmittel
45354 **Ernst Schneider**
Feldstraße 56 — Kurstraße 22

Verkehrslokal aller Arbeiter und Angestellten
45356 **Helene Kujawa,** Berliner Str. 1

Optik u. Photo
H. Wienstruck Nachfg.
45403 Potsdamer Straße 19

Radio-Wotzka
100-Volt-Anoden 4,60 Mark
Breite Straße 61
45565

Lindemann & Co.
A.-G.
SPANDAU
das führende Kaufhaus am Platze. 56 große Spezialabteilungen. Sehenswerte Lebensmittelabteilung.
45587

Bäckerei und Konditorei
E. Gurke, Weißenburger Str. 21
2. Gesch.: Pichelsdorfer Str. 40
45362

Louis Salomon Nachflg.
45360 Inh. Julius Weiß
Pichelsdorfer Str. 16
Kleiderstoffe, Leinen- u. Baumwollwaren, Wäscheausstattungen. Herrenartikel

Optik und Photo
Herm. Meißner
Pichelsdorfer Str. 4
45359

Lebensmittel, Kolonialwaren
Erna Stryl, Schönwalder Str. 28
45353

Fritz Ecke
Schlosserei u. Drahtzaunfabrik
Schönwalder Str. 34
45352

Peter Rohrmann
45351 Kolonialwaren
Schönwalder Straße 57 a

Peter Jochum, Delikatessen
Kleine Mittelstr. 7, Tel. C 7, 2403
45394

Kolonialwaren, Lebensmittel
Hans Halbsgut
45399 Jagowstr. 8

HUGO RAU
Kolonialwaren — Spirituosen
45391 Bergstraße 12

Ed. Holtzmann, Breite Str. 45
Bandagen und Gummiwaren
Krankenkassenlieferant
45346

Farben, Lacke, Tapeten, Balatum kaufen Sie preiswert und gut im
Drogen- und Farbenhaus
E. Walter, Neuendorfer Str. 73
45339

Spandau

Julius Pieck
Breite Straße 53, Ecke Markt
Größtes Spezialhaus für Herren-, Damen- u. Kinderkonfektion
45702

Anna Schulz
Restauration, Kolonialwaren
45393 Feldstraße 40

GEORG KÄFER
Rind- und Schweinemetzgerei
45363 Tiefwerderdorfstr. 65

Möbel-Rebsch
nur Hafenplatz 5
reell — preiswert
45390

M. Weiß
45358 Pichelsdorfer Str. 105
Farben — Lacke — Tapeten

Fritz Köhler
Kolonialwaren — Lebensmittel
Seifen — Schäferstraße 18
45388

Otto Dragowsky, Kunertstr. 8
Brot- und Feinbäckerei
Spez.: Märkisches Roggenbrot
45364

Schuhhaus Witt
45355 Feldstr. 56. Am Hafenplatz

Verkehrslokal der Arbeiter Spandaus
Berliner Tor
Richard Lietsche
45357 Zahlstelle des EVMB.

Wilhelm Przesdzieng
Schuh-Besohlanstalt
Pichelsdorfer Str. 50
45361

Helene Kuhlmey, Jagowstr. 24
Wolle — Handarbeiten
45396 Strümpfe — Unterwäsche

Bäckerei und Konditorei
C. SPILLER
Falkenhagener Str. 9, Bismarckstr. 10
45392

Staaken b. Spandau

45576 Milch, Konfitüren
Kolonial- und Backwaren
Paul Richter, Staaken, am Markt 13